

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Ernst Majonica

Deutsche Außenpolitik

Ulrich Mann

Der Kurs der CDU

Werner Dollinger

Verantwortung in der Politik

1

JANUAR 1965

13. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Da er reden mußte, können wir nicht schweigen	1
Eberhard Amelung	
Kurz kommentiert	5
Deutsche Außenpolitik an der Jahreswende	6
Ernst Majonica	
Vom politischen Charakter	8
Erwägungen zum Kurs der CDU	
Ulrich Mann	
Die Verantwortung des Christen in der Politik	10
Werner Dollinger	
Rückzugsgefechte von gestern	13
Georg Müller	
Dokumente der Zeit	15
Bücher	16
Joachim Konrad, Die evangelische Predigt — Dov. B. Schmorak, Der Prozeß Eichmann — Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem — F. A. Krummacher (Hg.), Die Kontroverse Hannah Arendt, Eichmann und die Juden	
Leserbriefe	19

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Rechtsanwalt Ernst Majonica MdB (Bonn, Bundeshaus) ist Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. — Professor Dr. Ulrich Mann (Saarbrücken, Theol. Seminar der Universität) ist Ordinarius für evangelische Theologie an der Universität Saarbrücken. — Dr. Werner Dollinger MdB (Bad Godesberg, Bundesschatzministerium) ist Bundesschatzminister und stellvertretender Landesvorsitzender der CSU.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers

und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

13. Jahrgang, Heft 1

Januar 1965

Da er reden mußte, können wir nicht schweigen

Von Zeit zu Zeit muß Martin Niemöller ein Wort zur politischen Lage sagen. Sein Auftrag, so wie er ihn versteht, aber wohl auch die Treue zu seiner Vergangenheit, gebieten es ihm. Da er noch nie Rücksicht auf seine Person genommen hat und ihm niemand den persönlichen Mut absprechen kann, sagt er die Dinge so, wie er sie sieht. Da er darüber hinaus nur das, was ihm nicht gefällt, eines Kommentars für wert erachtet, sind seine Worte hart und ungeschützt und meist so offen, daß sie Mißverständnisse geradezu herausfordern. Denn wer traut einem klugen Mann schon all das zu, was Martin Niemöller in den vergangenen 15 Jahren zur politischen Lage gesagt und für die Zukunft prophezeit hat? Aber vielleicht wird er sogar ganz gern mißverstanden und sieht darin, daß ihn die Welt nicht versteht, eine Bestätigung seines Auftrags.

Durch die bundesdeutsche Presse ging die Nachricht, Martin Niemöller habe im Blick auf die Bundestagswahlen zum Wahlboykott aufgerufen. Wie meist nach seinen Äußerungen dementierte Niemöller, das gesagt zu haben — diesmal allerdings mit Recht. Leider, wie wir sagen müssen. In dem Artikel „Aufgaben der Politik 1965“ heißt der entscheidende Satz: „Man wird im Augenblick nichts anderes tun können, als durch eine große Wahlbeteiligung und Abgabe deutlich, und mit Angabe der Gründe versehener, ungültig gemachter Stimmzettel, den politischen Machthabern klarzumachen, daß wir Frieden wollen und in dieser Hinsicht zu den heute wählbaren Parteien keinerlei Vertrauen haben.“ Hier ist eine Stimmenthaltung nicht empfohlen worden. Aber Niemöllers Vorschlag ist viel schlimmer als das; er ist gefährlich, weil die Methode, die er empfiehlt, uns ja aus einem ganz bestimmten politischen Zusammenhang bekannt ist. Die Christen in der Ostzone haben gelegentlich dieses Mittel benutzt, um ihrem Protest Ausdruck zu geben, wenn sie einerseits gezwungen wurden, zur Wahl zu gehen, andererseits aber nur eine Einheitsliste vorfanden, die ihnen keine echte Wahl ließ.

Niemöller will diese Parallele. Für ihn ist der Staat, in dem er als freier Mensch lebt und seine Meinung ungehindert und uneingeschränkt sagen darf, im Grunde nichts anderes als das System jenseits des Eisernen Vorhangs. Deshalb spricht er auch von

„Machthabern“. Er sieht diese irgendwie anonymen Träger der politischen Gewalt hier wie dort am Werk. Beide sind ihm gleich verdächtig, ja, die östlichen sind ihm wahrscheinlich sogar lieber, da sie mit dem Christentum nichts zu tun haben wollen. Er kann die Christen hier im Westen deshalb nur zu dem Protest aufrufen, den die Menschen im Osten geübt haben. Allerdings ist sein Aufruf zur Entscheidung zugleich ein Aufruf zur Flucht vor der Entscheidung, vor der Entscheidung nämlich, sich zwischen mehreren Parteien entscheiden zu müssen. In der Ostzone wird bei einer Wahl eben nichts zur Entscheidung vorgelegt. Bei uns kann der Mensch tatsächlich echt wählen, wenn auch vielleicht nur zwischen mehreren Übeln, aber seine Stimmabgabe kann erhebliche Konsequenzen haben.

Gewiß, Martin Niemöller sieht keinen Unterschied zwischen den einzelnen Parteien. Er hat kein Gefühl für die Art und Weise, wie die verschiedenen Parteien die Akzente setzen. Da für ihn die „Machthaber“ mehr oder weniger anonyme Größen sind, ist es für ihn gleich, welche Namen sie tragen und welche Ideen sie repräsentieren. Aber schon ein kurzer Blick in ein Wahllokal am Abend einer Wahl hätte ihn davon überzeugen können, wie unsinnig sein Vorschlag ist. Keiner seiner „mit Angabe der Gründe versehener, ungültig gemachter Stimmzettel“ kommt je in die Hand eines „Machthabers“. Die Stimmzettel werden vielmehr fein säuberlich gezählt, registriert und gebündelt beim Wahlamt der Stadt oder des Kreises niedergelegt. Welcher Machthaber hätte wohl die Zeit oder Möglichkeit, die Bemerkungen zu lesen?

Schlimmer wären die Konsequenzen für den Staat, wenn Niemöllers Vorschlag durchgeführt würde. Die Nutznießer einer Stimmenthaltung großer Teile der Bevölkerung wären die radikalen Parteien von rechts und links. Ihre Anhänger würden sich nämlich der Stimme gewiß nicht enthalten, da sie ja Niemöllers Protest teilen, im Gegensatz zu ihm aber politisch kämpfen wollen. Niemöllers Aufruf zur Abgabe von ungültigen Stimmen wie sein ganzer Artikel hat nur den einen Zweck, die Parteien der Mitte fragwürdig zu machen. Sie sind ihm zu lau und sehen nicht, daß sie mit der Politik von Jahrzehnten zu brechen haben. Damit propagiert Niemöller eine Politik, die in der Weimarer Zeit hinreichend bekanntgeworden ist. Ob er sich eigentlich dessen bewußt ist, in welcher Gesellschaft er sich damit befindet? Aber es ist kein Zufall, daß er sich dort aufhält.

Der ehemalige hessische Kirchenpräsident ist heute Pazifist und steht sowohl politisch wie auch theologisch-kirchlich den radikalen Gruppen nahe. Noch zu Beginn der 50er Jahre hat er diese Position als eine gesetzliche Auslegung des Evangeliums abgelehnt. Damals war er noch der Meinung, daß man mit der Bergpredigt nicht ohne weiteres Politik machen könne, eine Meinung, die damals wie heute von den meisten seiner Freunde geteilt wurde. Nach seinen eigenen Worten hat Niemöller aber 1954 so etwas wie eine Bekehrung erlebt, in deren Gefolge sich das Evangelium für ihn auf wenige Sätze reduziert hat und alle weltliche Macht immer verdächtiger wurde. Es heißt dann in einer Rede aus dem Jahre 1963: „Wir können heute nur noch eine gute Politik machen, wenn wir Liebe üben und erzeugen.“ Das heißt nichts anderes, als daß die Forderungen der Bergpredigt nun ohne jede Einschränkung für alle Politik gelten sollen. Das ist für ihn der klare und eindeutige Wille des Jesus von Nazareth, der der Christus ist, im Blick auf die heutige Situation, wobei diese Situation für ihn die deutsche politische Situation ist. Das deutsche Schicksal und die Politik, die besonders westlich, gelegentlich auch östlich des Eisernen Vorhangs gemacht wird, stehen im Mittelpunkt seiner politischen Aussage.

Jesus Christus und Deutschland, das sind die Angelpunkte seines Denkens, ja vielleicht seines ganzen Wesens. Von diesen beiden Größen her muß man die Geschichte des Mannes Martin Niemöller und seine heutige Position verstehen. Beide Dinge rücken bei ihm oft so nahe zusammen, daß man das Gefühl hat, er weiß, was das eine ist, nur wenn er das andere im Blick hat. Er kann von der einen Sache nur reden, wenn

er zugleich an das andere denkt. Ja, er kann nur dann er selbst sein, wenn er ständig auf diese beiden Pole bezogen ist. Er liebt sie beide, Jesus von Nazareth und Deutschland, mit einem brennenden Herzen, mit der ganzen Liebe und Leidenschaft, mit der ein vom Evangelium ergriffener Mann lieben kann. Diese Liebe hat ihn oft blind gemacht und in Gefahr gebracht. Nur weil er Jesus von Nazareth ein wenig mehr liebte als Deutschland, ist er nicht Deutscher Christ geworden. Aber gerade die Erfahrung des Kirchenkampfes hat ihn wahrscheinlich dazu gebracht, beide Größen noch stärker als zuvor aufeinander zu beziehen. Gewiß, in seinen Reden und Predigten ist viel von der Kirche und dem Menschen die Rede und das Wort Deutschland kommt nicht häufig vor. Aber was diese abstrakte Größe „Mensch“ ist, wird bei Niemöller nur deutlich, wenn man die Sache Deutschland im Blick hat, wenn es um die politische Seite des Menschseins geht. So ist auch der ganze Bereich der Familie oder des Berufs in merkwürdiger Weise ausgeblendet; davon spricht er selten oder gar nicht. Wenn es aber um die politische Entscheidung im Licht der Botschaft und der Person von Jesus von Nazareth geht, dann kann er in einer Weise konkret reden, wie es wenige andere Prediger unserer Zeit wagen.

Martin Niemöller gehört zu den großen Vereinfachern, jenen „terrible simplificateurs“, von denen Jacob Burckhardt spricht. Die Welt und das Geschehen um ihn herum reduziert sich für ihn auf wenige Aspekte, die man gut ordnen und beurteilen kann. Auch in dieser Hinsicht ist Niemöller den pazifistischen Gruppen verwandt, die er selbst auch zunehmend zitiert. Die Probleme der Welt werden auf wenige zusammengestrichen; der Rest ist unbedeutend und man redet nicht von ihm. Man denkt undifferenziert, weil man selbst undifferenziert ist. Martin Niemöller ist darin keine Ausnahme. Aber ohne Zweifel liegt in eben dieser Eigenschaft die Kraft seiner Persönlichkeit und seiner Aussage, die ganze Faszination, die er auf viele Menschen ausüben kann. Es sind solche, die sich in dem ganzen Wirrwarr nicht zurechtfinden und nach dem Menschen suchen, der das Grau in Grau aufreißt und klare Konturen zeigt. Niemöller tut ihnen diesen Dienst, wenngleich auf Kosten der Wahrheit. Er steht damit in der Reihe der großen Vereinfacher der Weltgeschichte, die die Dinge schwarz und weiß malen, Gut und Böse im politischen Leben genau zu bestimmen wissen und Patentrezepte für die Lösung der meisten Probleme bereithalten. Waren sie Politiker, so trugen sie alle die Anlage zum Diktator in sich. Martin Niemöller hat sich im Kampf gegen einen solchen Diktator bewährt. Aber er ist auch nie mehr von dem Bild dessen, was er bekämpft hat, losgekommen. Er ist dem totalitären Denken verfallen und hat das Prinzip der Demokratie nie verstanden.

In dem neuesten Band seiner Reden finden sich zwei interessante Darstellungen seines Lebens. Darin fällt auf, wie kurz die Weimarer Zeit dabei behandelt wird; eigentlich hört man gar nichts über die Jahre, in denen sich doch Entscheidendes für Martin Niemöller ereignet hat. Man kommt gewissermaßen vom U-Boot in das Dritte Reich. „In Wirklichkeit“, so heißt es da, „haben die evangelischen Christen den Anschluß an die Weimarer Republik — glaube ich — bis zum Dritten Reich 1933 überhaupt nicht gefunden.“ Diese historische Feststellung hat ohne Zweifel auch biographische Bedeutung.

Auch nach 1945 hat er den Anschluß an das neue Staatswesen nicht gefunden. Es ist ihm nicht gelungen, ein positives Staatsbild zu entwickeln oder Zugang zu den Grundstrukturen unseres Staates zu finden. Wahrscheinlich wollte er es im Unterbewußten gar nicht, weil dieser Staat nicht Deutschland war und er immer das Ganze fordern muß. Das vorläufige, gebrochene, halbe kann er vielleicht in der Kirche, aber offenbar im staatlichen Bereich nicht akzeptieren. Es ist in dieser Hinsicht eine gerade Linie in seinen Äußerungen, angefangen mit dem Satz, daß die Bundesrepublik in Rom gezeugt und in Washington geboren sei, bis hin zu dem, was er in seinem neuesten Aufsatz sagt.

Niemand wird behaupten, daß unsere Demokratie vollkommen sei. Sie hat viele Fehler, die der am besten kennt, der sich einmal die Mühe macht, in einer örtlichen Partei-

organisation mitzuarbeiten. Was an dieser Demokratie gut ist, das verdankt sie allerdings überwiegend den vielen selbstlosen Männern und Frauen, die in der Arbeit der Parteien stehen. Was an ihr mangelhaft ist, das geht weitgehend auf Kosten derer, die sich von der Arbeit der Parteien und der politischen Diskussion fernhalten. Es geht aber auch auf das Konto einer großen Zahl unverantwortlicher Kritiker, die sich nicht genug damit tun können, auf die Schwächen der Demokratie hinzuweisen, ohne aber auch nur in Andeutungen zu sagen, was sie an die Stelle setzen wollen. Wir können hier nicht alles aufzählen, was Martin Niemöller über den Staat sagt, in dem wir leben. Das meiste ist absurd und erweist den ehemaligen Kirchenpräsidenten als einen Mann, der von der Sache, von der er redet, einfach nichts versteht. Er schreibt zwar, „daß der Politiker der einzige Beruf ist, für den man nichts gelernt und keinerlei Befähigungsnachweis gebracht zu haben braucht“, hat sich aber offenbar die Frage nicht vorgelegt, ob das Geschäft des Kritikers der Demokratie nicht vielleicht auch gelernt sein müsse. — Wie soll man wohl den folgenden Satz auffassen? „Wir leben zwar in der Bundesrepublik, wie man uns glauben machen will, in einer Demokratie; aber diese Demokratie hat mit dem, was man früher darunter verstand, nur noch den Namen gemein.“ Wenn uns Martin Niemöller verraten würde, wer die vielen „man“ sind, die in seinen Sätzen vorkommen, könnten wir mit ihm diskutieren. Es wäre nämlich interessant herauszufinden, wessen Ideen der Demokratie er mit unserer heutigen staatlichen Wirklichkeit vergleicht. Sollte er etwa, wie gelegentlich andere evangelische Theologen, an die Demokratie in einem Schweizer Urkanton denken? Dann könnte er allerdings zu den Fragen unseres heutigen Staates keinen Zugang haben.

Ein weiterer Satz muß hier noch zitiert werden. „Hitler ist zwar tot — jedenfalls hat man das dem deutschen Staatsbürger als geprüfte und garantierte Tatsache durch die Presse mitteilen lassen (wahrscheinlich, um die Verjährung der übrigen Naziverbrechen und die damit beginnende Straffreiheit der übrigen Naziverbrecher als kein allzu großes Risiko erscheinen zu lassen) . . .“ Dieser Satz ist vielleicht am charakteristischsten für die politische Vorstellungswelt des Kirchenpräsidenten. Man beachte wieder dieses „man“. An wen kann der Schreiber wohl gedacht haben? An die allgewaltige Bundesregierung? Sie ist dann in seinen Augen wohl auch verantwortlich für die Pressekampagne über Leben und Liebe der Marika Zahn-Kilius oder der Soraya?

Aber wieder ist die eigentliche Sachfremdheit nicht das Schlimme an diesem Satz. Es sind Stil und Sprache, die abstoßen, denn es ist eine Sprache, die den Tatbestand verschleiert, eine Sprache, die ihre Funktion nicht erfüllt und die darin der Sprache des Unmenschen nahekommt. Auch damals gab es das anonyme „man“, mit dessen Hilfe die Assoziation hervorgerufen werden soll, als würde das Schicksal des wehrlosen Volkes von irgendwelchen unbekanntem Mächten gesteuert. Was nutzt alles reden von der dem Christenmenschen geschenkten Freiheit, wenn gleichzeitig Angstgefühle durch einen solchen Sprachgebrauch hervorgerufen werden sollen.

Martin Niemöller wird auch in Zukunft von Zeit zu Zeit mit ähnlichen Artikeln und Aussagen vor uns hintreten. Er muß reden, und wir wollen uns mit aller Macht dafür einsetzen, daß er die Freiheit zum Reden behält, auch wenn er sie nicht zu schätzen weiß. Vielleicht ist es sogar gut, daß er redet, denn er weist uns auf eine Gefahr hin, die unserem Staat immer noch droht. Sie liegt allerdings ganz woanders, als er meint. Sie besteht nämlich darin, daß ein Mann wie Niemöller eine so große Publizität für seine Meinungen empfängt. Sein Artikel ist ja in einer Weise verbreitet worden, wie es selbst dem Bundeskanzler kaum gelingt. Daran zeigt sich neben mancherlei anderen Dingen auch, daß wir immer noch in der Gefahr sind, den großen Vereinfachern zu verfallen. Unser staatliches Leben ist so mühsam wie in allen Demokratien. Um so größer sind die Chancen derer, die uns zu dem „einfachen Leben“, zu den großen Entscheidungen verführen wollen. Aber der gordische Knoten läßt sich nicht zerhacken, auch nicht von Martin Niemöller. Ihn mühsam zu entwirren, ist zwar eine undankbare Aufgabe. Aber dazu sind wir gerufen.

Nur keine Langweile!

Zu Beginn des Jahres 1965, das wiederum ein Wahlkampfjahr sein wird, haben die drei — oder sollen wir sagen: vier? — im Bundestag vertretenen Parteien in Bonn ein Abkommen unterzeichnet, das darauf abzielt, einen sachlichen und fairen Wahlkampf im Herbst zu ermöglichen und die Kosten zu begrenzen. Man möchte hoffen, daß die vielen guten Wünsche, die die Herren Dufhues, Brandt, Strauss und Mende der Vereinbarung mit auf den Weg gaben, keine frommen Wünsche bleiben mögen. Die Öffentlichkeit wird die Parteiführer bei Gelegenheit an ihre Vereinbarungen zu erinnern haben!

Der Vorsitzende der FDP freilich hat einen Wunsch geäußert, der reichlich mißverständlich ist. Nach dem Bericht der Deutschen Presseagentur hat Mende gemeint, die Praxis der nächsten Monate werde zeigen, ob es in Deutschland möglich sei, die Demokratie über die Parteien zu stellen. In Abänderung eines bekannten wilhelminischen Wortes und in leichter Überspitzung könnte man den Gedanken Mendes weiterführen und sagen: Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch die Demokratie.

Hier wird ein Gegensatz konstruiert, den es in Wirklichkeit nicht gibt. Denn die Demokratie ist nicht etwas, was über den Parteien steht, sondern der demokratisch-pluralistische Staat lebt geradezu davon, daß es in ihm mehrere Parteien gibt, die um politische Macht und politischen Einfluß miteinander konkurrieren. Nur solange sie dies können und ihr Anspruch auf Teilhabe am Prozeß der staatlichen Willensbildung Aussicht hat, realisiert zu werden, ist von einer freiheitlichen Demokratie zu sprechen. Keine der Parteien in der Bundesrepublik strebt danach, ein neues „Ende der Parteien“ (1933) herbeizuführen, vielmehr besteht zwischen ihnen ein solches Maß an Einigkeit in den prinzipiellen Fragen von Staat und Gesellschaft, daß es nicht wenige bei uns gibt, die sich beim Blick auf die Bonner Bühne gelangweilt fühlen. Unsere Parteien sollten ein wenig mehr Lust an der politischen Auseinandersetzung gewinnen und nicht über dem (unumgänglichen) fair play die Freude am sportlichen Kampf verlieren.

Die Demokratie ist ein ständiges Experiment. Sie lebt vom Wettstreit der politischen Kräfte. Heben wir sie also nicht in die Wolken, sondern lassen wir sie mitunter unter uns! Das Bonner Abkommen darf nicht dazu führen, eine sterile und langweilige Atmosphäre zwischen den Parteien zu verfestigen. Sonst könnte es sein, daß die Wähler eines Tages das Interesse an den Parteien verlieren und für den Ruf nach dem „starken Mann“ aufgeschlossen werden, zumal dann, wenn die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik einmal in eine ernsthafte Krise geraten sollte, die wir ja bisher noch nicht erlebt haben. el.

Reden in der Kirche

Nach bisher allerdings unbestätigten Meldungen macht das Beispiel Herbert Wehners Schule. Es soll nun auch der sozialdemokratische Vertriebenenpoli-

tiker Wenzel Jaksch in der Hamburger Michaeliskirche zu einem Vortrag eingeladen worden sein.

Wir haben nichts dagegen, daß Wenzel Jaksch die Kirche besucht. Wir sind auch durchaus dafür, daß er in der Kirche etwas sagen kann, sofern er etwas der Sache der Kirche Dienendes zu sagen hat. Wir begrüßen es, wenn die Kirche sich den Problemen der Welt stellt. Wir fragen allerdings, ob für diese Veranstaltungen der richtige Rahmen gewählt ist. Die Bilder, welche in der Presse von dem Auftreten Herbert Wehners verbreitet wurden, konnte man nur mit einigem Unbehagen sehen.

Die Kirche hat ihre Akademien, die einen geradezu idealen Rahmen für ein Fachgespräch abgeben. Es gibt den Kirchentag, auf dem die Gemeinde im großen Rahmen mit der Meinung einzelner Persönlichkeiten über die Gemeinde angehende Fragen konfrontiert wird. Der gottesdienstliche Raum sollte nur in wirklichen Ausnahmefällen zu solchen Veranstaltungen herangezogen werden. Denn in diesem Rahmen identifiziert sich die Kirche in ganz besonderer Weise mit dem, was der Redner sagt. Es ist dann sehr schwer, die Meinung zu vertreten, er habe ganz und gar in eigener Verantwortung gesprochen. Dies gilt ganz besonders bei einem Mann wie Wenzel Jaksch. Die Kirche sollte dreimal überlegen, ehe sie sich in irgendeiner Form mit seinen Meinungen identifiziert. -g.

Wie in jedem Jahr wenden wir uns auch diesmal wieder an die Freunde und Förderer der „Evangelischen Verantwortung“ und bitten um die Überweisung des Abonnementbetrages für das Jahr 1965. Der Verlag sah sich auf Grund der steigenden Kosten gezwungen, den Betrag für das Jahresabonnement auf DM 12,— zu erhöhen. Wir bitten unsere Leser um Verständnis für diese Erhöhung.

Wir wissen, daß die meisten unserer Leser viele verschiedene Publikationen halten. Wir wären aber sehr dankbar, wenn auch die Überweisung für die „Evangelische Verantwortung“ möglichst bald vorgenommen werden könnte, da sie im Drang der Geschäfte vergessen geht. Das Konto des Verlags ist: Postscheckkonto Köln 193795; Commerzbank Bonn, Nr. 12493.

Die Schriftleitung

Deutsche Außenpolitik an der Jahreswende

Ernst Majonica

Die deutsche Diplomatie bemüht sich, das Problem der deutschen Einheit zu aktualisieren. Dabei gehen wir nicht von Illusionen aus. Wir glauben nicht, daß die Sowjets jetzt bereit sind der Einheit zuzustimmen. Die Erklärungen aus Moskau sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß man sie optimistisch interpretieren könnte. Nach Chruschtschows Sturz ist die neue kollektive Führung in außenpolitischen Fragen vorsichtiger und konservativer geworden als ihr Vorgänger. Mutige und weitschauende Entscheidungen in der deutschen Frage sind daher nicht zu erwarten. Aber wir sind der Meinung, daß sie den neuen Machthabern als ein aktuelles Problem vor Augen geführt werden muß, das nicht verjährt und nicht beiseite geschoben werden kann. Sie ist ein Test darauf, ob die Sowjets wirklich Entspannung wollen oder nur eine Pause im Kalten Krieg. Damit ist sie aber nicht nur ein deutsches, sondern ein gesamtwestliches Problem.

Auf der Tagung des Natorats Mitte Dezember in Paris ist es nicht gelungen, zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen. Zwar ist in der offiziellen Abschlußresolution das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung erneut unterstrichen, aber das ist mehr eine Frage des Rituals als einer konkreten Politik. Es wird den Sowjets nicht verborgen geblieben sein, daß der Westen wenigstens im Augenblick in der deutschen Frage nicht über ein gemeinsames Aktionsprogramm verfügt. Wenn auch Amerika und England den Zeitpunkt für eine neue Initiative skeptisch beurteilten — sie meinen, daß das neue Führungsteam im Kreml erst auf einem weniger schwierigen Gebiet auf den Willen zur Zusammenarbeit hin getestet werden soll — so waren sie grundsätzlich doch bereit, ihr zuzustimmen. Frankreich lehnte ab. Das darf nicht zur Resignation führen. Bundeskanzler Erhard wird die Gespräche mit dem amerikanischen und französischen Präsidenten und dem englischen Premier dazu benutzen, erneut die deutschen Vorschläge zu erörtern.

Das Ergebnis von Paris

Ist das Ergebnis von Paris ein Anlaß, die deutsche Politik dem Westen, unseren Verbündeten gegenüber zu überprüfen? Wir haben uns geweigert, zwischen Paris und Washington zu wählen und wollen mit beiden Mächten engen Kontakt halten. Ist nun die Stunde gekommen, wo doch gewählt werden muß?

Es wäre töricht, in eine Panikstimmung zu geraten. Keine Unfreundlichkeit aus Paris wird uns davon abhalten dürfen, die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen. Sie steht über tagespolitischen Entscheidungen; die enge Nachbarschaft zwingt uns dazu, sie über zeitbedingte Krisen hinwegzuretten. Das bedeutet aber nicht, daß wir deutsche Interessen nicht mit dem notwendigen Nachdruck vertreten sollen. Für den Schutz Europas durch die USA gibt es keinen Ersatz. Auf absehbare Zeit ist Europa nicht in der Lage sich selbst zu verteidigen. In einer solchen Situation ist es Deutsch-

lands Aufgabe, auch wenn es noch so schwierig ist, die Wahl zu vermeiden. In jedem einzelnen Fall hat die deutsche Diplomatie zu prüfen, wie die deutschen, europäischen und atlantischen Interessen in Einklang gebracht werden können.

Das hat Bonn mit seiner Zustimmung zu einem einheitlichen europäischen Getreidepreis getan. Paris hatte die Zustimmung hierzu zu einem Test auf die europäische Gesinnung der Bundesregierung gemacht. Ohne sie wäre der Fortgang der Einigung Europas blockiert worden. Die Bonner Vorschläge zur politischen Einheit unseres Kontinents hätten keine Aussicht gehabt, von Frankreich akzeptiert zu werden, wenn nicht eine gemeinsame Agrarpolitik geschaffen worden wäre. Diese einheitliche Agrarpolitik stärkt die Bindungen im Gemeinsamen Markt. Diese Bindungen machen es jedem Mitglied nahezu unmöglich, ihn zu verlassen, will er nicht schwerste Schäden für die eigene Wirtschaft in Kauf nehmen. Die wirtschaftliche Verzahnung mindert aber auch den politischen Bewegungsraum. Das gilt auch für Frankreich, das seine landwirtschaftlichen Absatzgebiete in der EWG nicht durch andere Märkte ersetzen kann. Niemand wird annehmen dürfen, daß er die Vorteile des Gemeinsamen Marktes in Anspruch nehmen und gleichzeitig eine Politik gegen seine Partner betreiben kann. Die deutsche Zustimmung zum europäischen Getreidepreis stärkt zudem die atlantische Gemeinschaft. Ein Haupthindernis gegen die Kennedy-Runde ist entfallen. Der Versuch zum Aufbau eines atlantischen Marktes kann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden. Mag diese Zustimmung auch deutsche Opfer erfordert haben, die Stärkung der europäischen und atlantischen Einheit kommt unmittelbar auch Deutschland zugute, politisch und wirtschaftlich.

Die militärischen Probleme

Schwieriger als die wirtschaftlichen Fragen sind die militärischen im Rahmen des atlantischen Bündnisses zu lösen. Die Natotagung hat in diesen Problemen keine Fortschritte erbracht. Jedoch wurde am Rande der Konferenz eine wichtige Vereinbarung zwischen den USA und Frankreich getroffen. Sie wollen eine Koordinierung der Zielplanung ihrer Atomwaffen vornehmen. Damit ist ein erster Schritt getan, um die *force de frappe* in die atlantische Verteidigung einzubauen. Bei jeder Lösung des atomaren Problems im Nato-Bündnis muß für Frankreich die Möglichkeit offengehalten werden, sich später an ihr zu beteiligen. Die Spannungen zwischen Bonn und Paris rühren aus den Spannungen zwischen Paris und Washington her. Eine Verständigung zwischen den USA und Frankreich erleichtert das deutsch-französische Verhältnis. Die Bundesregierung muß alles tun, um den Ausgleich herbeizuführen. Sie ist nicht Nutznießer sondern Opfer des Gegensatzes. Wir leben nicht vom Streit unserer Freunde.

Wir sind durchaus bereit, Paris eine hervorragende Stellung zuzusichern. So sollte es das Recht erhalten, in einer nationalen Krisensituation seine Atommacht aus dem atlantischen Bündnis lösen zu dürfen. Es hat aber auch nicht das Recht, eine atlantische Lösung zu verhindern, zumal es auch nicht in Umrissen eine Alternative anzubieten hat. Auf der Ministerratssitzung der Nato in Paris hat der französische Außenminister erklärt, daß atomare Waffen nicht abgetreten und ihre Anwendung nicht delegiert werden könnten. Das sagte er im Hinblick auf die geplante atlantische Atommacht. Das gilt nach französischer Auffassung aber auch für die französische. De Gaulle lehnt die Integration ab. Ohne Integration ist aber eine europäische Atommacht nicht zu schaffen. Frankreich kann also der Bundesrepublik nur eine Garantie bieten, aber keine Mitbeteiligung am Einsatz. Wir würden diese Garantie dankbar begrüßen, sie ersetzt aber nicht die amerikanische, die sich allein auf ein solches Potential stützt, daß sie den möglichen Angreifer total abschreckt.

Die multilaterale Atomstreitmacht

Die französische Atommacht ist auch kein Gegengewicht gegen die 750 Mittelstreckenraketen, die in der westlichen Sowjetunion stationiert sind und deren Zielgebiet Westeuropa ist. Das Gegengewicht dazu soll durch die multilaterale Atommacht geschaffen werden. Erst durch sie wird eine wesentliche Lücke bei der abgestuften Verteidigung, d. h. der Möglichkeit, auf jeden Angriff in der erforderlichen Form antworten zu können, ausgefüllt. Wir werden die englischen Abänderungsvorschläge sorgfältig prüfen. Sie sind akzeptabel, wenn sie dem Ziel der größeren Sicherheit und einer gemeinsamen Verantwortung dienen, sie müssen abgelehnt werden, wenn mit ihnen etwa der Gedanke einer militärischen Verdünnung in Mitteleuropa verbunden sein sollte. Das Projekt der MLF soll sich nicht gegen Europa richten. Die Bundesregierung ist bemüht, in den Vertrag eine Revisionsklausel einzubauen. Gibt es ein politisch geeintes Europa, so muß die Struktur der MLF dem Rechnung tragen. Dadurch würde sie einem europäischen Europa nicht entgegenstehen, sondern einen Anreiz bilden es zu schaffen. Die Bildung eines militärischen Zentrums auf unserem Kontinent kann immer nur den Sinn haben, dadurch stärkeren Einfluß auf die amerikanische Planung zu erhalten. Wenn dieser Einfluß heute noch nicht besteht, so ist das nicht amerikanischem Übermut zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß sich Europa noch nicht formiert hat. Vor dem Anspruch müssen die Tatsachen geschaffen werden, die ihn rechtfertigen.

Die multilaterale Atommacht ist, noch bevor sie klare Umrisse erhalten hat, unter den erbitterten Beschluß des Ostblocks geraten. Schon das zeigt, daß Moskau in ihr eine Stärkung des Westens und eine größere Einflußnahme Bonns auf die atomare Planung sieht. Wenn die Sowjets davon sprechen, daß sie die Wiedervereinigung unmöglich mache, so ist die Frage berechtigt, ob ohne sie eine Zustimmung zur Einheit von Moskau zu erreichen sei. Außerdem soll eine Klausel der Veränderung der politischen Verhältnisse Rechnung tragen, die sich aus der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschlands ergäbe. Moskau ist auch deshalb so gegen dieses Projekt, weil es eine ähnliche Regelung

in seinem Lager nicht durchführen kann. Es kämpft um den Hegemonieanspruch über die anderen kommunistischen Staaten. Schon unter Chruschtschow zeigte es sich, wie problematisch er geworden war. Sein Sturz schwächte die Position Moskaus erneut. Die Prozeßion kommunistischer Führer, die sich nach Moskau begaben, um Aufklärung über die Gründe zu erhalten, die zum Verschwinden des bis dahin mächtigsten Mannes im Weltkommunismus geführt hatten, sind ein Zeichen für den Wandlungsprozeß. Aus Satelliten werden Vasallen. Aus Vasallen vielleicht Partner. Dieser Prozeß würde für Moskau noch schneller noch unangenehmere Folgen haben, wenn die kommunistischen Staaten atomare Mitverantwortung übernehmen würden.

Es zeigt sich, daß der Westen schwierige Probleme gemeinsam lösen kann, der Osten aber nicht. Dabei begreift sich der Kommunismus als die Bewegung, der die Zukunft gehört. Er erweist sich aber als untauglich, sie zu gestalten, was Rückwirkungen auf seine Ideologie und Zuversicht haben dürfte. Dadurch, daß die Bundesrepublik sich an der MLF beteiligen will, unterstreicht sie, daß sie Atomwaffen im nationalen Besitz nicht will. Unsere osteuropäischen Nachbarn sollten das als ein Zeichen dafür nehmen, daß wir auf überholte nationalstaatliche Machtpolitik verzichtet haben. Sie sollten auch bedenken, daß nach dem Scheitern der europäischen Verteidigungsgemeinschaft nationale Lösungen gefunden wurden. Scheitert die übernationale MLF, kann leicht die gleiche Folge eintreten.

Deutsche Ostpolitik

Keine deutsche Handlung auf außenpolitischem Gebiet kann erfolgen, ohne daß bedacht wird, wie sie auf die Entwicklung im Ostblock einwirkt. Zwar wird Moskau immer der Gesprächspartner für die deutsche Einheit bleiben, aber seine Interessenlage auch gegenüber dem deutschen Problem wird durch das sowjetische Verhältnis zu den kommunistischen Staaten bestimmt. Ihre relative Unabhängigkeit eröffnet für die deutsche Diplomatie ein neues Betätigungsfeld. Nicht nur Moskau wirkt auf ihre Haltung ein, sie beeinflussen auch die Haltung der Sowjetunion. Bonn hat dieser Lage durch die Errichtung der Handelsmissionen Rechnung getragen. Da die Zwangseinheit des Ostblocks gegen den Willen der Völker errichtet wurde, trifft sie der erwachende Nationalismus besonders drastisch. Moskau ist außerdem auf Grund eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht in der Lage, die Wünsche der Volksdemokratien zu erfüllen; sie schauen zum Westen. Der Westen sollte ihre Unabhängigkeit stärken, aber nicht Moskau helfen, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Das ist aber bei langfristigen Krediten der Fall.

Die osteuropäischen Staaten wären in die Position einer relativen Unabhängigkeit nicht so schnell hineingewachsen ohne den chinesisch-sowjetischen Konflikt. Chruschtschows Sturz sollte den Ausgleich ermöglichen, aber neue Männer verändern nicht die Realitäten. Weder konnte ein Kompromiß gefunden werden im Blick darauf, wer von beiden Mächten die Führungsrolle im Weltkommunismus spielen soll, noch sind die neuen Herren im Kreml bereit, ihren eigenen wirtschaft-

lichen Aufbau zu verlangsamen, um Peking zu helfen. Auch der amerikanisch-sowjetische Dialog geht weiter. Die Kubakrise hat gezeigt, daß die beiden Superatom-mächte diesen Dialog fortsetzen müssen, um der Gefahr eines Selbstmordes zu entgehen. China sieht aber in den USA seinen Hauptfeind. Der sowjetische Dialog mit ihm ist in seinen Augen Verrat an der Weltrevolution. Der chinesisch-sowjetische Konflikt wird andauern und damit auch der Auflösungsprozeß im Weltkommunismus.

Gestoppt würde dieser Prozeß, wenn an die Stelle einer Politik der Entspannung neue internationale Spannungen treten würden. Unter diesen Umständen wären alle kommunistischen Länder gezwungen, sich eng zusammenzuschließen. So ist die Entspannungspolitik ein Mittel zur Auflösung des Ostblocks. Sie wird auf absehbare Zeit nicht zu einer Lösung der Probleme selbst führen, aber sie erleichtert ihre Lösung, indem sie Veränderungen bei unserem Gegner begünstigt. Eine besondere Aufgabe für Deutschland in dieser Phase der internationalen Politik besteht darin, jeder Verschlechterung unserer Position entgegenzuwirken. Ulbricht und das Zonenregime müssen in der Isolierung gehalten werden. Er kann an der Entwicklung zum nationalen Kommunismus nicht teilhaben, weil ihm

hierzu die Nation fehlt. Seine Zwangsuntertanen wollen die Wiedervereinigung, aber nicht einen unabhängigen Zonenstaat. Damit wird er und sein Regime immer mehr ein Anachronismus, selbst im kommunistischen Lager. Wir sollten alles vermeiden, um die Solidarität zwischen Ulbricht und den anderen kommunistischen Führern zu stärken. Nur wenn er von ihnen immer mehr als ein Fremdkörper empfunden wird, wird sich die Entwicklung im Ostblock zu unseren Gunsten auswirken.

Kein internationales Ereignis des Jahres 1964 hat die deutsche Politik dazu gezwungen ihre Grundsätze zu überprüfen, oder gar aufzugeben. Sie ist weiterhin auf eine Stärkung der westlichen Einheit auf allen ihren Ebenen gerichtet. Gerade eine solche Grundeinstellung verbietet es ihr, zwischen ihren Freunden und Verbündeten eine Wahl zu treffen, da das der westlichen Welt schädlich wäre. Die Bonner Außenpolitik wird daher bemüht bleiben mitzuhelfen, daß die Differenzen zwischen ihren Freunden abgetragen werden. Nur ein einiger und geschlossener Westen kann die Entwicklung im Ostblock so ausnutzen, daß der Status quo in Mitteleuropa überwunden werden kann. Zu diesen Grundsätzen der Außenpolitik Gerhard Schröders gibt es keine Alternative.

Vom politischen Charakter

Erwägungen zum Kurs der CDU

Ulrich Mann

Wieder einmal haben wir eine Herbstkrise hinter uns. Sie wirkte sich auf verschiedenen Gebieten aus. Starke Auseinandersetzungen gingen in unserem Volk um die Außenpolitik. Bedarf es der MLF-Flotte oder nicht? Ist das Verhältnis zu Frankreich gefährdet? Ist das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten im Lot? Was ist zu tun, um nicht zwischen sämtlichen Stühlen zu sitzen?

Die Außenpolitik hing unmittelbar mit sozialpolitischen Fragen zusammen. Das Problem der Getreidepreise brachte erhebliche Unruhe, und es wirkte zurück auf die Wirtschaftspolitik im ganzen.

Dazu kam noch die Unsicherheit hinsichtlich unserer Wehrpolitik. Im Blick auf die „Innere Führung“ hat der sogenannte Fall Heye symptomatische Bedeutung; er zeigt mindestens an, daß eine Fülle von Problemen noch der Lösung harret. Und was die Verteidigungsplanung selbst anlangt, so wurde uns zu Weihnachten das Projekt des nuklearen Minengürtels beschert, durch welches sich die Öffentlichkeit — mit Recht — in stärkstem Maße betroffen fühlte.

Es ist dann auch nicht dabei geblieben, daß alle diese Fragen nur bei denen „da oben“ ausgehandelt wurden. Auf verschiedenen Wegen, manchmal sehr breiten, ja allzu breiten Bahnen, wurden die Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit getragen. Und ich möchte

darin nicht nur Negatives sehen. Denn auch dies gehört zum Lebensstil einer Demokratie, daß entscheidende Fragen in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Zuviel Diskussion?

Man kann freilich darüber streiten, ob diesmal nicht des Guten zuviel getan worden ist. Dies scheint mir insbesondere für die Außenpolitik zu gelten. Nur wer über das volle Ausmaß der Informationen verfügt, mit denen der Leiter der auswärtigen Politik vertraut ist, kann letztlich hier urteilen. Damit soll keiner veralteten Geheimratspolitik das Wort geredet sein. Aber die Autorität, die der im Amt befindlichen Regierung zuerkannt werden muß, verlangt es, daß man den verantwortlichen Leitern der Außenpolitik so viel Spielraum läßt, daß sie sich schnell und frei entscheiden können. In grundsätzlichen Fragen freilich muß auch die Allgemeinheit, das Volk, zu Wort kommen können. Sofern die außenpolitischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck bringen wollten, daß wir Deutsche dankbar sind für die endliche Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses und daß wir an der Freundschaft mit Frankreich unbedingt festzuhalten gedenken, hatte die außenpolitische Auseinandersetzung zweifellos ihren Wert.

Kennzeichnend für die Herbstkrise war, daß von allen Seiten gute Gründe ins Feld geführt wurden. Die Regierung hatte es zweifellos nicht leicht, ihre Argumente durchzusetzen. Dies wird aber in Deutschland immer der Fall sein. Ein Land in unserer geopolitischen Lage hat es immer besonders schwer, Anstöße zu vermeiden. Hier gilt immer noch das Gleichnis, das Bismarck gebraucht hat: Große Staaten können sich nur sehr langsam und behutsam bewegen, wenn sie Karambolagen vermeiden wollen; sie haben nicht allzuviel Spielraum.

Umso stärkerer Aufmerksamkeit bedürfen demnach die kleinen Ausschläge des Steuers. Dabei liegt die Schwierigkeit darin, daß einerseits ein Übermaß von allgemeinem Hineinreden den Steuermann unsicher machen muß; daß aber andererseits ein falscher Kurs das ganze Schiff auf den Eisberg stoßen läßt. Wer will es den Fahrgästen verdenken, wenn sie sich in nebliger Nacht besorgt um die Kommandobrücke drängeln? Um das alte Bild vom Staatsschiff beizubehalten: es geht, nach soviel „Titanic“-Katastrophen, nicht mehr an, die Passagiere einfach in den Tanzsaal zu schicken, wenn man ins Gefahrengebiet kommt; ebensowenig kann man aber jedermann ins Steuer greifen lassen. Worauf käme es dann aber an?

Die repräsentative Demokratie

Eine freiheitliche Staatsform in modernen Großstaaten kann nur funktionieren als repräsentative Demokratie: Das Volk beauftragt eine Gruppe von Gewählten, die Allgemeinheit verantwortlich zu „repräsentieren“. Das ist aber nur die eine Seite. Auch die Machthaber des sogenannten „Dritten Reichs“ hätten sich, wenn es nur darauf ankäme, als Vertreter einer repräsentativen Demokratie bezeichnen können. Es geht jedoch darum, daß das „Volk“, die Allgemeinheit als beauftragende Trägerin der Staatsgewalt, seine Verantwortung nur partiell, nie total übertragen kann. Es bedarf daher einer freien öffentlichen Meinungsbildung, welche die Gesamtverantwortung in der Diskussion wachhält, und es bedarf eines Systems von Machtverteilung und Machteingrenzung, wie es schon die alten Römer meisterhaft zu handhaben verstanden.

Das wichtigste in diesem System ist die regelmäßige Wahl. Doch daran krankt ja bei uns alles: das Volk wählt, dann fühlt es sich von seiner politischen Verantwortung entbunden — abgesehen von gelegentlichen hysterischen Sonderaktionen oder vom Rieselregen leserbrieflicher Wichtigtuerei. Und die Repräsentanten der Macht in Legislative und Exekutive finden sich leider mit dieser Tatsache ab; sie regieren drei Jahre so für sich hin, dann aber wird eine Zeitlang nicht mehr regiert, sondern nur noch die Wahl vorbereitet — und zwar unter dem Anschein echten Regierens, in Wirklichkeit aber mit dem unentwegten Blick auf die Mentalität der künftigen Wählerschaft. Das heißt aber: Der Blick geht dann nicht mehr auf Kompaß, Sextant und Radarschirm, sondern nur noch ins aufgeregte Publikum. Und das können wir uns in dem Gefahrengebiet, welches das Schiff „Deutschland“ nun einmal ständig durchfährt, einfach nicht leisten.

Ich frage nicht: Wer ist schuld? sondern: Was ist schuld? Kein Zweifel, es fehlt an dem lebendigen und echten Zusammenspiel der drei Gruppen: Regierung (Legislative und Exekutive), Publizistik und Allgemeinheit. Jeder findet sich damit ab, zeitweise einen Solopart zu spielen, ohne auf den andern zu hören. Es gibt bei uns drei Solisten mit drei verschiedenen Notenblättern, aber kein Trio! Das ist natürlich vereinfacht und übertrieben, der Grundschaten war und ist es aber doch. Bleiben darf es so nicht, sondern es muß sich, langsam aber wirklich, das Zusammenspiel entwickeln. Ich möchte fragen: was kann die stärkste Regierungspartei hierzu beitragen?

Vor allem eins: die CDU muß sich über ihr Wesen und ihren Kurs klar sein, klarer als es im Augenblick der Fall ist. Denn wenn über den Kurs grundsätzliche Einigkeit besteht, dann bedarf es nicht der nervösen Drängerei um die Kommandobrücke — um nicht zu sagen, um den einsamen Steuermann in seinem Glashaas. Und, von der andern Seite her gesehen, die Einigkeit über den Kurs gibt denen auf der Kommandobrücke erst die rechte Sicherheit am Steuer, derer sie nun einmal bedürfen. Diese Einigkeit ist jedoch nie ein für allemal da, sie ist vielmehr ein ständig sich ereignendes Geschehen. Sie muß in lebendiger Kommunikation stets neu hergestellt werden. Ich begrüße die Herbstkrisen, wenn sie wirklich solche Einigung zum Ziel haben; ich lehne sie ab, wenn sie nur die Schiffsleitung verwirren, ohne daß man sich auf den Kurs besinnt.

Der Kurs der CDU

Fragen wir also: was ist Wesen und grundsätzliche Kurslinie der CDU?

Die CDU hat ihren Weg begonnen als Widerstandspartei. Dies sollte nie vergessen werden. Sie hat sich zunächst als Gruppe des Widerstands gegen das nationalsozialistische Terror-Regime konstituiert. Dieses Regime und seine geistigen und auch politischen Ausläufer, bleiben ihre Hauptgegner. Das ist das Grundlegende.

In Konzentrationslagern und in Begegnungen innerhalb der Kreise der Widerstandsbewegung sind christliche Politiker beider Konfessionen miteinander übereingekommen, die Zukunft anders zu gestalten. Sie wollten nicht verzichten auf die Auswirkung des christlichen Gedankenguts im politischen Leben. Dies war gemeint mit dem großen C der CDU, mit dem „Christlichen“. Christlich Demokratische Union, das hieß anfänglich nicht, daß man der Meinung sei, diese Partei habe das Christentum für sich allein in Beschlag genommen. Es konnte also keineswegs heißen, daß alle Christen dieser Partei angehören müßten. Dies wäre eine unerträgliche Verweltlichung des Christlichen. Christlich, das war ursprünglich so gemeint, daß die weltlichen Auswirkungen eines christlichen Ethos zur politischen Maxime erhoben werden sollten. Man wollte daran festhalten, daß der Mensch nicht absoluter Herr der Geschichte sei. Man wollte die Freiheit und die Würde der Einzelperson über jenes kalte mathematische Rechnen stellen, welches eine mißverständene „Staatsraison“ einfach dem Menschen überordnet. Christlich, das sollte heißen, Würde der Einzelperson und Demut des politischen Menschen, der sich seiner Grenzen bewußt bleibt.

Christlich, das hieß auch, daß der politische Mensch sich seiner und der allgemein deutschen Schuld vor Gott bewußt bleiben sollte! Von solchem Schuldbewußtsein her konnte keineswegs ein grundsätzlicher Verzicht auf jede Machtpolitik abgeleitet werden: denn ein großes Volk ist nun einmal ein Machtfaktor, es mag es anstellen wie es will. Aber die Politik, die auch einem besiegten Deutschland weiter aufgegeben blieb, konnte als „christliche“ niemals Gewaltpolitik sein. Niemals darf vergessen werden, daß Deutschland sich seine Ausgangslage von 1945 selbst zuzuschreiben hatte. Hier war eine radikale Umkehr geboten. Deutschlands

Politik muß, wenn eine Christlich Demokratische Union die Verantwortung trägt, auf Versöhnung aus sein. Der Wohlstand darf uns nicht vergessen lassen, daß wir auf lange hinaus, nach innen wie nach außen, noch Schulden zu bezahlen haben. Es hat durchaus sein Recht, wenn ein Volk nach Wohlstand strebt; und die CDU darf sich ihrer Wirtschaftspolitik unter Erhards Leitung durchaus rühmen. Aber alle Wohlstandsparolen haben in einer „christlichen“ Politik nur ein sehr beschränktes Recht! Es geht um mehr, es geht primär um die langwierige Liquidierung moralischer, politischer und finanzieller Schulden. Man muß dem Bürger des „Wirtschaftswunderlandes“ deutlich sagen, daß man viel fordert von dem, welchem viel gegeben ist. Wo sind die Wahlredner, die nicht nur versprechen, sondern auch fordern? Man bange doch nicht immer um Stimmen, der Wähler weiß Ehrlichkeit auch zu honorieren. Und überhaupt: Angst ist nun einmal unchristlich.

Mut zur Ehrlichkeit

Das aber sollte die CDU als ihr eigentliches Palladium betrachten: Das große C ist höchst unbequem, es erfordert vor allem Mut. Eine Partei, die sich christlich nennt, legt sich fest. Und sie läßt sich festlegen. Sie muß Mut haben zu ihren Prinzipien, Mut zur Ehrlichkeit, Mut auch zur Unpopolarität. Und noch dazu einen Mut ganz spezieller Art: Sie muß auf die Unterstützung der Kirchen verzichten können, denn nur dann leistet sie den Kirchen wirklich einen Dienst. Sie muß es sogar ertragen, daß ein Teil der Christenheit einer „christlichen“ Partei viele und nicht nur unberechtigte Vorbehalte entgegenbringt. Sie muß durch den eben erwähnten besonderen Mut diese Vorbehalte entkräften und durch nichts sonst.

Das heißt auch, daß mit dem Gedanken der „Union“ ernst gemacht wird. Auch und gerade das gehörte zu dem verheißungsvollen Anfang der CDU, daß sie der Versuchung zum Klerikalismus jeder Art und also auch zum Konfessionalismus widerstand. Die Kirchen haben es schwer, jahrhundertealte Fronten aufzulockern, und da darf es auch keinen vorschnellen und billigen Kompromiß geben. Die Christen aber sollten es nicht schwer haben, sich in der politischen Arbeit zusammenzufinden. Gerade in diesem Zusammenfinden helfen sie, falschen Klerikalismus und Konfessionalismus zu überwinden, und leisten damit wiederum und ganz unbeabsichtigt den Kirchen einen praktischen Dienst.

Die politische Arbeit steht im Dienst der demokratischen Gemeinschaft. Das schließt grundsätzlich aus, den politischen Gegner zu verteufeln, denn ohne den politischen Andersdenkenden gibt es keine Demokratie. Voltaire hat dazu das Gültige gesagt: Monsieur, ich halte zwar Ihre Meinung für falsch, ich werde mich aber bis zum äußersten dafür einsetzen, daß Sie sie vertreten können.

Nur ein Kompromiß ist ausgeschlossen: der mit dem immer amoralischen Totalitarismus. Aber selbst da ist es mit der Verteufelung nicht getan: Der totalitaristische Gegner muß überzeugt und nicht vernichtet werden. Daß man sich gegenüber militanter Bedrohung in dieser Welt auch sichern muß, steht außer Diskussion. Man wird wohl auch nicht daran vorbeikommen, daß wir noch auf längere Zeit „mit der Bombe leben“ müssen. Aber ich wehre mich gegen eine allzu große Selbstver-

Die Verantwortung des Christen in der Politik

Werner Dollinger

Das folgende Referat wurde auf der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU im November 1964 in Fürth gehalten.

Im letzten Sommer ist es vielerorts zu besinnlichen Rückblicken auf die Umstände des Ausbruches der beiden Weltkriege gekommen; ähnliches gilt für die Geschehnisse um den 20. Juli 1944. Hierüber scheint mir im allgemeinen der Jahrestag des 15jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland und damit des Grundgesetzes nicht die gleiche Beachtung gefunden zu haben. Wenn sich nach dessen Artikel 1 das Deutsche Volk zum Schutze der Menschenwürde als unabdingbarer Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bekennt, so hat es in meinen Augen eine wahrhaft sittliche Entscheidung getroffen: Wohl und Wehe des Gemeinwesens sind dem menschlichen Miteinander zu dienen bestimmt. Damit ist der Kern politischen Handelns unverkennbar, nämlich verantwortliche Hingabe und nicht selbstherrliche Angabe! Wo immer vom Tun für den und am Menschen die Rede ist, dort ist der Christ gefordert. So stellt sich zwangsläufig die Frage nach seiner Verantwortung in

ständigkeit, mit der wir uns resignierend in diese Lage auf Dauer zu fügen beginnen. Ohne irgendwelche Atom- und Anti-Atom-Parolen hochzuspielen: Wir sollten wenigstens die Unruhe nicht verlernen, in die uns die Atomfrage gebracht hat; diese Unruhe kann heilsam sein.

Das sind nur knappe Andeutungen. Man kann ihnen entgegenhalten: Was soll das alles in unseren politischen Tagesproblemen? Wir haben Politik zu treiben, nicht aber Ideologien zu pflegen. Ich meine so gesprochen zu haben, daß man nicht von Ideologie reden kann. Alles was erwähnt wurde, hat ganz konkrete Beziehungen zu ganz konkreten politischen Fragen. Es geht bei allem, was zu berühren war, nicht um Fragen der Ideologie sondern des Charakters, des Charakters einer Partei, die im Begriff ist, ihr Profil zu verlieren. Man wolle sich doch daran erinnern, daß die Politik des späten Bismarck durch Charakter profiliert war. Bismarck besaß Vertrauen, auch bei seinen Gegnern, denn er war im tiefsten offen und wahrhaftig. Und wohin man kommt, wenn man die Charakterfragen in der Politik als belanglos zugunsten von „Realitäten“ beiseiteschiebt, das haben wir erlebt. Und zwar nicht erst am Ende der Weimarer Republik, sondern schon vor ihrem Anfang, noch mitten im kaiserlichen Rechtsstaat: Indem man den bedeutenden Bethmann-Hollweg planmäßig zur Strecke brachte, und zwar mit solchen „Realitäts“-Parolen, beschritt man den Weg in den Untergang.

Ich wünschte mir für die CDU in dem entscheidenden Wahljahr vor allem dies: Daß sie sich auf ihr Wesen und auf ihren Kurs besinne; daß sie Charakter zeige; daß sie Mut habe. Im ganzen und im einzelnen. Von unten bis oben.

den Dingen des öffentlichen Lebens. War es nicht diese Erkenntnis, die nach der Katastrophe von 1945 viele Menschen zum Nachdenken und zum Mitdenken trieb? War dies nicht auch die Grundlage, auf der unsere Union entstand? Bewußte Christen beider Konfessionen fanden zusammen und gaben damit eine aus schwerem Leid gewordene Antwort auf eine christenfeindliche, unmenschliche Diktatur.

Politik zwischen Dämon und Gott

Walter Künneth hat vor Jahren ausgeführt, „Politik zwischen Dämon und Gott“ sei das zur Schicksalsfrage unserer Zeit gewordene Grundthema, da die menschliche Existenz zwischen beiden verlaufe; er hat hierauf eine „christliche Ethik des Politischen“ gewagt. Aus deren Fülle möchte ich die in eigener Erfahrung bestätigte Feststellung herausgreifen, daß in der Politik von vornherein und grundsätzlich mit der Übernahme einer drückenden Hypothek von Unrecht und Schuld, von Irrtümern und geschichtlichen Tatbeständen zu rechnen sei; unsere Generation hat sich heute noch mit den Lasten der Politik seit der Jahrhundertwende herumzuschlagen — zwei Weltkriege sagen alles.

Aus der Übernahme dieser Hypotheken entwickelt sich laut Künneth ein stets latenter Kampfzustand mit dem solchem Freund-Feind-Verhältnis anhaftenden Sicherheitsbedürfnis. In dieser von „Macht und List“ geprägten Stimmungslage gedeihe die Verlogenheit, die als selbstverständliches Zweck- und Kampfmittel in der politischen Arena legitimiert werde. Hat nicht Künneth recht, wenn er sagt: Vertrauenskrisen unter den Politikern, Vergiftung des Volkes wie der Völker untereinander und schließlich ein allseitiger Selbstbetrug — das sei der Teufelskreis, den das Zwielicht einer derartigen Politik von Unwahrhaftigkeit zu Unwahrhaftigkeit bloßlege? Man sagt dann mit Goethe: Politisch Lied, ein garstig Lied. Oder: Politik ist ein schmutziges Geschäft. Professor Künneth fragt sich dann weiter, ob in dieser Sphäre Ethos überhaupt noch durchzusetzen sei. Er antwortet hierauf, daß es nicht — wie ein Naturrecht — zeitlos statisch gefaßt sei, sondern aktuell-dynamisch begriffen werden müsse; es gelte, die konkrete Verpflichtung der zeitnahen Aufgabe zu entdecken und um deren Verwirklichung im Bemühen um Vertrauen auf dem Boden der Wahrheit zu ringen. So könne der Umgang mit den öffentlichen Dingen — der res publica — selbst schon zutiefst als Gestaltungsmittel der Erhaltungsordnung Gottes verstanden werden. Dies sei eine klare Absage an die Moralität bloßer Kasuistik. Gestatten Sie mir, dazu aus der handgreiflichen Sicht der Staatspolitik noch folgendes freimütig hinzuzufügen.

Wenn das Wort der Kirche als christlicher Gemeinde sich nach evangelischem Verständnis nicht auf konkrete politische Ratschläge zu erstrecken vermag, so sollte sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, zu brennenden politischen Fragen aus Unkenntnis irrig oder gar nachteilig für Mitbürger und eigene Glieder gesprochen zu haben. Feste Gründung auf Christus entbindet nicht von sorgfältiger Prüfung der Sachfragen, um politischen Irrtum und schädliche Folgen für das eigene Volk zu vermeiden. Ein geistliches Amt ist als solches noch keine Quelle politischer Erkenntnis. Es für solches Handeln zu be-

nützen, muß die Geschlossenheit der evangelischen Gemeinde beeinträchtigen, denn die Gemeinde ist unvermeidbar geistliche Bindung und weltliche Organisation zugleich. Die unversiegbare Kraft der Kirche strömt aus dem Evangelium. Gesinnungsethik ist unentbehrlich. Aber was hilft mir ein reines Herz, wenn nicht die Tat aus Mut zu Verantwortung hinzukommt. Ich sage dies alles mit großem Ernst im besonderen Blick auf die schwere Frage der deutschen Ostpolitik. Der Wunsch nach Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zeigt eine saubere und edle Gesinnung. Doch was ist der Einzelne bereit, dafür zu tun, und zwar auch dann noch, wenn es Opfer kostet? Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches und seine Folgen können als Schickung und Anruf Gottes angenommen werden, die in Demut zu tragen sind. Doch haben uns die Rechtsbrüche in deutschem Namen nicht rechtlos gestellt, sondern Deutschland die hohe sittliche Pflicht auferlegt, ein Hort des Rechtes zu sein. Der Christ hat stets auf das Recht zu hören, auch wo es ihm unbequem ist und der Widerspruch gegen Mächtige Mut erfordert.

Gottes Wille zum Staat

Der Berliner Professor D. Martin Fischer hat vor zwölf Jahren auf der gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Elbingerode im Ostharz u. a. von der „öffentlichen Verantwortung des Christen als Dienst am Willen Gottes mit den Menschen“ gesprochen und dabei auch ausgeführt:

„Die Christenheit hat den Willen Gottes zum Staat zu verkünden. Solches Mitdenken an dessen Ordnungsaufgabe ist nur ein Besonderes neben ihrem Auftrag des Liebesgebotes. Ihre Liebe zum Menschen gründet sich nicht in einer diesem eigenen Liebenswürdigkeit, sondern in dessen Gottesgeschöpflichkeit und Würdigung der in Christus vergebenden Liebe. Das alles verleiht ihrer Menschenliebe den festen Grund und die Dauer. . . . Im öffentlichen Leben steht der Christ gegen alle Hoffnungslosigkeit und Verachtung der Menschen. So wird er zum Weggefährten der Schwachen und der Vergessenen. So ist die Kirche Anwalt der Rechtlosen und stellt sich vor die Gewissen. Sie wird alles dies mit besonderer Hingabe zu tun haben, was Ideologien zu unterlassen gebieten. . . .

Deren Sache ist nicht die Schöpfung aus dem Nichts; das ist allein Gottes. So leisten Christen in öffentlicher Verantwortung den behutsamen Dienst, aus dem Vorhandenen unter Gottes Geboten Mögliches und Heilsames zu gestalten; sie erfahren Auftrag und Gefahr ihrer Berufung in diesem — menschlich gesprochen — aussichtslosen Dienst.“

Hierzu möchte ich als stellvertretender Vorsitzter der Christlich-Sozialen Union in Bayern und damit als Parteipolitiker folgendes sagen.

Die vornehm distanzierte Aufregung über die Entartung des politischen Lebens ist allzu billig und bequem, wenn jene Leute nicht zum Einsatz im politischen Raum und damit in den Parteien bereit sind. In der Demokratie ist jeder Bürger — also auch der Christenmensch — ständig zum Vollzuge bestimmter Entscheidungen aufgerufen. Es beginnt mit dem Wahlrecht, d. h. der Stimmabgabe für eine um Vertrauen werbende

Partei. Derzeit ist die Gruppe der Nichtwähler stärker als die sog. dritte Kraft, die Freien Demokraten. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, heißt es im ersten Absatz des Artikels 21 des Grundgesetzes. Warum sind nur weniger als 5% der wahlberechtigten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zur Mitarbeit in einer Partei bereit gegenüber 95%, die ihre Kirchensteuer entrichten? Darauf weiß ich nur die bittere Antwort, daß die Volkskirche nicht mehr lebendig ist. Jedenfalls ist Weltflucht keine christliche Tugend; Gotteskindschaft und politisches Amt schließen sich gegenseitig nicht aus. Ohne Führungsschicht, die politischen Willen vorbildlich formt und trägt, ist parlamentarische Demokratie nicht möglich. Der Christ kennt des Menschen Fehlsamkeit; er weiß daher sehr genau, daß auch im politischen Bereich Vollkommenheit unerreichbar ist. Politik und Politiker stehen gleichermaßen unter dem Zeichen der sündigen Welt. Nicht idealistische Schwärmerie, sondern des Christen Nüchternheit ist auf dem Kampffelde der Politik gefordert.

Wer sich von der Autorität des Schöpfers in Beschlag genommen weiß, wird in Freiheit mit Freund und Gegner umzugehen verstehen. Nicht Politik verdirbt den Charakter, sondern legt allenfalls den faulen Wesenskern des Charakters bloß. Oder anders ausgedrückt: Es sind die schlechten Charaktere, die die Politik verderben. Das gilt übrigens nicht nur für die Politik, sondern für alle Bereiche des Lebens, nur spricht man es dort kaum aus. Meinungsverschiedenheiten sind natürlich und notwendig, aber persönliche Feindschaften höchst überflüssig und schädlich. Evangelische Christen werden in kritischer Solidarität beieinander bleiben und die Bruderschaft quer durch die Parteien aus Achtung vor dem Gewissen des Nächsten bejahen.

Der Schweizer Professor für systematische Theologie D. Karl Barth sieht in der Mitmenschlichkeit des Menschen dessen eine zentrale Wesensbestimmung. Damit ist für mich ein politischer Grundtatbestand bezeichnet. Das ist dann kein notwendiges Übel mehr, sondern eine Antwort auf mein Sein und Sollen. Sicher kann Politik nicht erlösen, weil das Heil einzig Gottes Sache bleibt; aber sie ist um „der Stadt Bestes“ bemüht. Daher werden sich um des allgemeinen Wohles willen mit einem Regierungsamt beauftragte Christen nicht als verlängerter Arm ihrer Partei benehmen. Ich könnte mir vorstellen, daß manche Menschen uns in letzter Zeit deshalb ihre Stimme nicht gegeben haben, weil einer christlichen Partei eben nicht alles nachgesehen wird, was man anderen Parteien gerade noch zugesteht. Wer christlich „firmt“, muß es sich gefallen lassen, mit strengeren Maßstäben gemessen zu werden. Dies gilt für sein privates Leben genauso, wie für sein öffentliches Wirken. Dies gilt für seine Ehrlichkeit, sein Wissen und sein Können. Christliche Routine ist kein Ersatz für fehlende Sachkenntnis und fehlende Treue im Kleinen.

Die Eigentumspolitik

Nun habe ich — wie Sie wissen — die Ehre, der Bundesregierung als Bundesschatzminister anzugehören; als solchem ist mir u. a. die Aufgabe der Privatisierung von

Bundesvermögen gestellt. Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit einen kurzen Aufriß über den sozial-ethischen Hintergrund, auf dem ich das sehr aktuelle Problem einer fortschrittlichen Eigentums politik verfolgt wissen möchte.

Nach der päpstlichen Sozialenzyklika „Mater et Magistra“ vom 15. Mai 1961 hat auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland unterm 6. April 1962 der Öffentlichkeit eine Denkschrift der von ihm berufenen Kammer für Soziale Ordnung zur Eigentumsfrage in der Bundesrepublik übergeben; dort ist das Problem der „Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung“ kritisch und weiterführend erarbeitet. Jenes Plädoyer für eine mündige Gesellschaft will konstruktivem Handeln in Politik und Wirtschaft förderlich sein. Es ist eine hilfreiche Besinnung auf den rechten Gebrauch irdischer Werte und eine eindringliche Mahnung vor ihrem Mißbrauch. Mit dem Siebenten Gebot „Du sollst nicht stehlen“ wird Gott als der Herr des Eigentums in Erinnerung gebracht und damit auf den Ersten Glaubensartikel von der Schöpfung verwiesen. Danach sind wir alle — mittelalterlich formuliert — Lehnsträger des Ureigentümers; einzig er ist unbedingt — mithin absolut —, wir aber sind durch ihn bedingt, also relativ. Das ist eine klare Absage gleichermaßen an Individualismus wie an Kollektivismus und deren ideologische Ausschaltung personaler Verantwortlichkeit. Die hierin einbezogene Haushalterschaft des Menschen bewahrt vor willkürlicher Herrschaft. Wohlstand entartet zum Mammon, wo die Gabe über dem Geber vergessen wird und dann Gier statt Dank das Herz erfüllt. Eigentum ist der Prüfstein einer Sozialordnung; sie muß sich die Frage stellen, ob sie den Menschen erlaubt, gegenüber Gott und dem Mitmenschen gerecht zu sein. Deshalb ist für mich das durch das Grundgesetz in Artikel 14 gewährleistete Eigentum auch nicht im entferntesten ein kapitalistisches Relikt. Hab und Gut sind dem Menschen anvertraut, auch zum Wohle und Nutzen seines Mitmenschen. Der Christ verharmlost den Besitz nicht, noch übersteigert er ihn.

Genugtuung und Freude habe ich über die im Auftrag eines Arbeitskreises katholischer und evangelischer Sozialwissenschaftler Anfang dieses Jahres publizierten „Empfehlungen zur Eigentums politik“ empfunden. Mein persönlicher Kontakt mit ihren Autoren hat mir einen lebendigen Eindruck von der Vielfalt aktionsfähiger Eigentums politik vermittelt. Sache der Eigentums politik ist es nicht, die Spannung zwischen Verbrauch und Verzicht aufzuheben. Tüchtigkeit, Fleiß und Sparsamkeit, also nicht Umverteilung, sind nach wie vor die Grundlagen für solides Eigentum. Es gilt, mit wachem Gewissen zu leben. Weder die Hartherzigkeit des Besitzenden inmitten der Habenichtse noch deren Unbekümmertheit um das Morgen bringen die Dinge ins Lot. Es bedarf allerseits der heilsamen Unruhe zur Verantwortungsbereitschaft; sie geweckt zu haben, dafür gebührt den Kirchen herzlicher Dank. Ich sage es klar: Jede Eigentums politik wird scheitern, wenn unserem Volke die Ordnung des Schöpfers und die göttlichen Gebote fremd sind. Ohne verbindlichen Maßstab geht es nicht. Daher bitte ich die Kirchen, eindringlich um den ganzen Dienst ihres seelsorgerischen Amtes am Menschen, dem Mitbürger. Die Ermunterung, Eigen-

tum zu bilden, setzt Vertrauen in die Zukunft voraus. Wer hierzu auffordert, hat auf Stabilität bedacht zu sein. Ich vermag mir keine glaubwürdigere Politik des Friedens vorzustellen als jene, die durch das Bemühen um Eigentum für jedermann praktiziert wird. Der Anreiz zu einer solchen Eigentumbildung verbietet aber auch imperialistische Abenteuer, wie sie der Bundesregierung von den kommunistischen Machthabern unterschoben werden. Aus christlicher Überzeugung, verfassungsmäßiger Verpflichtung und politischer Vernunft setze ich mich für breit gestreutes Eigentum ein. Eine davon bestimmte Gesellschaftsordnung dient der inneren Befriedung und bringt uns so der Gerechtigkeit näher. Der Gerechtigkeit vermag jedoch nur zu dienen, wer der Selbstgerechtigkeit begegnet. Eigentumbildung ohne gesamtwirtschaftlich denkenden und handelnden Gemeinsinn ist zum Scheitern verurteilt. Ich bejahe sie und stimme der Denkschrift der Evangelischen Kirche zu, wenn sie feststellt: „Das Recht des Menschen, über irdische Güter zu verfügen, ist eine Gabe Gottes, die den Menschen hilft, in Verantwortung und Freiheit miteinander zu leben.“ Und: „Der Mensch muß, ‚Dein‘ sagen können, um frei zu bleiben.“

Ich weiß, daß der evangelische Christ für sein konkretes politisches Tun weder in der Heiligen Schrift noch in den Bekenntnisschriften nachschlagen kann, um dort die Gewißheit für eine fehlerfreie Entscheidung zu finden. In der Eigentumpolitik hat uns die Kirche eine Handreichung gegeben. Einen ähnlichen Dienst hat uns Pfarrer Eberhard Stammler auf der 11. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im vergangenen Frühjahr in München erwiesen, als er sieben Forderungen genannt hat, in denen sich die ethische Grundhaltung des evangelischen Christen im politischen Alltag niederschlagen soll:

Rückzugsgefechte von gestern

Georg Müller

Die jetzt in Rom zur Abstimmung gelangte, aber noch nicht endgültig verabschiedete Erklärung über die Juden zieht deutlich den Schlußstrich unter eine Vielzahl von Äußerungen innerhalb der Christenheit, die als Rechtfertigung des Antisemitismus der Moderne gelten konnten und oft auch so gewertet wurden.

Von allem Anfang an standen die für eine solche Bereinigung eintretenden Theologen und Kirchenfürsten, vorab der greise Kardinal Bea, unter scharfem Beschuß aus hauptsächlich zwei Richtungen. Einmal wurde gegen diese Erklärung von seiten der arabischen Staaten Stellung bezogen; es wurde geltend gemacht, eine Zurückweisung der Anschuldigung des „Gottesmordes“ sei ein politischer Akt, der einer Anerkennung Israels gleichkomme und zumindest den Machenschaften der „imperialistischen Zionisten“ Auftrieb gebe. Fürs andere wurde von bestimmten Kreisen innerhalb der katholischen Kirche selbst, die recht nachdrücklich auf die jüdenfeindliche Tradition innerhalb der Kirche pochen, gegen jede freundliche Stellungnahme den

Hingabe für das Gemeinwohl,
Fähigkeit zur Partnerschaft,
Achtung vor dem Gegner,
Glaubwürdigkeit des Handelns,
Verpflichtung zur Sauberkeit,
Mut zum Verzicht,
Bereinigung von Fehlern.

Auch der Union fallen diese Dinge nicht in den Schoß. Täglich müssen wir um sie ringen. Aber hat die Union nicht bewiesen, daß sie vor schweren Aufgaben nicht zurückschreckt? Die Union hat die deutsche Politik seit Kriegsende entscheidend mitgestaltet. Sie strahlte auch in den religiösen und geistigen Bereich aus. Sie schlug nicht nur Brücken zwischen den beiden Konfessionen in Deutschland, sondern auch über die Grenzen hinweg zu unseren Nachbarn, die unter der gleichen unmenschlichen Diktatur gelitten hatten. Sie half mit, Haß und Feindschaft zu überwinden.

Auch in Gegenwart und Zukunft braucht Deutschland diese Union. Sie verlangt die politische Betätigung des evangelischen Christen in genau dem gleichen Maße, wie die des katholischen Christen; denn die Union kann weder auf den einen noch auf den anderen verzichten. Das dokumentiert sich nicht zuletzt in der Kanzlerschaft Adenauers und in der Kanzlerschaft Erhards. Ich bin sicher: Diese Union wird bleiben und auch die Zukunft gestalten. In ihr werden sich immer wieder Menschen finden, die auf dem Boden der christlichen Kultur, der Demokratie und der sozialen Verantwortung stehen. Sie werden Politik als begnadete Hingabe an das Leben in einer sündigen und daher stets zu bewahrenden Welt verstehen. Eine solche „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ läßt sich bei aller Schwere dennoch getrost im Glauben tragen.

Juden gegenüber heftig polemisiert und alles ins Werk gesetzt, um das Zustandekommen der in Aussicht genommenen Erklärung zu hintertreiben. Dazu gehörten massive Verdächtigungen gegenüber Kardinal Bea, dem jüdische Abstammung vorgeworfen wurde — ein besonders gehässiger Anwurf deshalb, weil gerade eine kommentarlose Richtigstellung dieser Verleumdung diffamierend wirken muß, da man damit zugeben würde, daß eine derartige Ahnenreihe diskriminierenden Charakter trage. Auch wurde das von ihm geleitete „Sekretariat für die Einheit der Christen“ als eine von Juden und Freimaurern ausgehaltene Organisation dargestellt.

Verschwörung gegen die Kirche?

Der heftigste Angriff gegen die vorgesehene Neuorientierung gegenüber den Juden bestand in einem 700 Seiten umfassenden Buch, das den bezeichnenden Titel „Verschwörung gegen die Kirche“ führt. Dieses in Spanien gedruckte, von einem gewissen Maurice Pinay geschriebene Pamphlet wurde an alle Konzilsväter gesandt, um sie im letzten Augenblick womöglich von einer positiven Einstellung zu der Judenerklärung abzubringen. Das Buch wurde dann auch ins Deutsche übersetzt und hier in einigen Exemplaren verschickt.

Es lohnt sich nicht, auf diesen von dummer Verlogenheit und giftigen Halbwahrheiten strotzenden Katalog antisemitischer Scharfmacherei im Stürmerjargon im einzelnen einzugehen. Es muß aber Betroffenheit auslösen, daß hier der Versuch unternommen wird, durch Bezugnahme auf die Kirchengeschichte den modernen Antisemitismus auch theologisch hoffähig zu machen. Dies steht in klarem Gegensatz zu vielen Äußerungen prominenter Katholiken; so zum Beispiel Papst Pius XI. in schwerer Zeit (Sept. 1938) vor Pilgern aus Belgien: „Der Antisemitismus ist unzulässig. Geistlich sind wir alle Semiten.“

Die Animosität gegen die Juden innerhalb der Christenheit ist allerdings noch lange nicht aus der Welt geschafft. Daß eine derartige Eingenommenheit ein unheimliches Gefälle hat und rasch zu Vorurteilen und einem entsprechenden Verhalten wird, sollten wir wissen. Es soll deshalb in drei Punkten darauf aufmerksam gemacht werden, woher im Blick auf den Antisemitismus innerhalb der Christenheit Gefahren drohen.

Erstens, ein prinzipieller Antikommunismus fanatischer Observanz — es ist etwas anderes, wenn man diese Art politischer Existenz aus wohlwogeneren Gründen besonnen und entschieden ablehnt — reiht die Juden in die angebliche Einheitsfront eines massiven Angriffs des Atheismus gegen die Kirche ein. Ja, man versteigt sich zu der im Blick auf die tatsächliche Lage in der Sowjetunion ebenso lächerlichen wie dummen Behauptung, die „Juden seien der wahre Kopf des Kommunismus“ (76); folgerichtig wird der Antisemitismus in eine „wahrhaft vernichtende Waffe“ (76) der Juden umgelegen, durch die dieselben alle Anstrengungen lähmen, die ihnen auf dem Weg zu der ihnen fälschlicherweise zugeschriebenen Weltherrschaft ein Hindernis bereiten. Aus einem solchen Gedankenzusammenhang heraus fällt der verheerende Satz: „Die Heilige Kirche verdamme sich selbst, indem sie den Antisemitismus verdamme“ (XVI).

Der nationalsozialistische Rassenhaß wird, zweitens, ausdrücklich gebilligt, allerdings nicht in seiner imperialistischen Gestalt, sondern in seiner die Juden einschränkenden Form. „Die Nazis taten nur, was die Heilige katholische Kirche bei verschiedenen Gelegenheiten während der letzten vierhundert Jahre als Maßnahme angeordnet hat, um die Christenheit vor der Eroberungs- und umstürzlerischen Tätigkeit der jüdischen Infiltration zu bewahren... Deswegen können wir diesen Aspekt der nazistischen Rassenpolitik nicht kritisieren; denn wir würden damit die Heilige Kirche tadeln, und als Katholiken können wir das nicht“ (693). Auf solche Sätze hin sollte man weder entrüstet reagieren noch etwa unseren katholischen Mitchristen den schwarzen Peter zuschieben wollen — wir evangelischen Christen sind ja in dieser Hinsicht im gleichen Spital krank —, sondern wir sollten beschämt an die eigene Brust schlagen. In aller Redlichkeit sollten wir es zur Kenntnis nehmen, daß Aussagen und Dekret auf katholischer und evangelischer Seite als Rechtfertigung des Antisemitismus der Moderne verstanden werden können. Dies ist für uns alle ein Hinweis darauf, wie schwer ein radikales Umdenken und ein tatsächlicher Neuanfang innerhalb der Christenheit zu vollziehen sind;

eine über Jahrhunderte hin sich erstreckende anti-judaistische Tradition bedeutet hier eine merkbare Erschwerung. Ohne einen ausdrücklichen Bruch mit derartigen Gedankengängen kann sich eine Neuorientierung wohl kaum durchsetzen. Man sollte deshalb nicht ungehalten sein, daß sich die Opposition, auch in dieser eigentümlichen Gestalt, zu Wort gemeldet hat.

Christlicher Antisemitismus

Theologisch gesehen ist drittens, die Einfallsprofite für diese Abneigung die Leugnung der Kontinuität des Judentums. Auf Grund einer dogmatischen Konstruktion wird hier eine scharfe Zäsur zwischen dem vorchristlichen und dem nachbiblischen Judentum vollzogen, eine Unterscheidung, auf die man auch außerhalb dieses Buches immer wieder stößt. So heißt es hier: „Je tiefer man in diesen Stoff (nämlich in die Erforschung des Judentums) eindringt, wird man den Abgrund erkennen, der zwischen der ursprünglichen und wahren Religion, die Gott den Hebräern durch Abraham, Moses und die Propheten geöffnet hat, und der falschen Religion, die sowohl jene Juden, die unseren Herrn Jesus Christus kreuzigten, wie auch ihre Nachkommen ausgearbeitet haben...“ (143). Es ist interessant, daß das Unvermögen einer solchen Unterscheidung gerade dem Nationalsozialismus zum Vorwurf gemacht wird; denn dieser „tragische Fehler“ habe seinen an sich berechtigten Kampf gegen die Juden in eine falsche Richtung gelenkt. „Sie (die Nationalsozialisten)... machten keinen Unterschied zwischen dem alten, auserwählten Volk, das uns unseren Herrn Jesus Christus, die Heilige Jungfrau Maria, die Propheten und die Apostel schenkte und den Söhnen des Teufels, wie Jesus die Sektierer der ‚Synagoge des Satans‘ nannte...“ (696).

Man trifft damit gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: einmal distanziert man sich so vom Nationalsozialismus, fürs andere gelangt man durch das Ziehen dieser Demarkationslinie zu der angeblichen „Verwerfung“ der Juden (die schriftwidrig ist, vgl. z. B. Röm. 11, 2); diese verkehrte Aussage ist innerhalb der Christenheit eine munter sprudelnde Quelle für die trübe Flut des Antisemitismus gewesen.

Deshalb versteht man es, mit welcher Verbissenheit sich diese Kreise gegen jede Neubesinnung wenden, wie sie etwa in der Erklärung des Vatikanum II über die Juden vorgesehen ist. „Zweifelloos müssen... alle Priester und Würdenträger, die das Spiel der ‚Synagoge des Satans‘ ständig mitspielen, als heimliche Juden verdächtigt werden; denn wer die schlimmsten Feinde Jesu Christi unterstützt und sogar die Wahrheit verleugnet und die Christen täuscht, muß einer jener jüdischen Feinde Christi sein, wenn er auch seine Schlechtigkeit mit der Soutane oder dem Kardinalshut verdeckt“ (727). Eine deutliche Anspielung auf den ehrwürdigen Kardinal Bea, der in seinem Sekretariat für die Einheit die Erklärung für die Juden formulierte und vor dem Plenum des Konzils auch vertrat. Daß diesem Pamphlet und seinen Hintermännern durch die Mehrheit der Konzilsväter eine eindeutige, empörte Abfuhr zuteil wurde, qualifiziert dieses Machwerk in seinem wahren Charakter — als ein Rückzugsgefecht von vorgestern.

icht über ein deutsches cksal

hender Bericht kam auf unseren Schreibtisch. Er war
ur Veröffentlichung bestimmt. Wir meinten aber, er
eilen Menschen bekannt werden. Die Adresse von
Mandel lautet: Campagne „Les Jonquiers“, Salernes/
ankreich. Wer ihm helfen will, der wende sich an den
iftsführer des Diakonischen Werks, Pfarrer Helmut
Bad Vilbel-Heilsberg. Postscheckk. Ffm. 1427 02,
k Mandel.

g Kilometer nördlich von Saint-Tropez steht ein weißes
unter dem tiefblauen Himmel der Provence. Es hat
Fensterläden und ein rotes Holzriegeldach. Es ist um-
von Steineichen und Seekiefern, umwachsen von
rin und Wacholder. Der Thymian duftet; unaufhörlich
die Zikaden. Von der gemauerten Terrasse sieht man
silbernen Olivenhainen, roter Erde und grünem Wein
nft geschwungenen Linien der „Chaine des Maures“,
ergkette, hinter der das Mittelmeer liegt.

aus gehört zum Besitz „Les Jonquiers“. Viele „Binsen“
en an seinen Wasserquellen. Er besteht aus steinigen,
laquis und Kiefern bewachsenen Hügeln und aus Ter-
n, die mit Öl-bäumen und Wein bepflanzt sind. Es gibt
eine Höhle, in der Archäologen alte Knochen ausgraben
in es Römer, Sarazenen oder Widerstandskämpfer?),
kleinen Stausee, in dem man vier Stöße schwimmen
einen Gemüsegarten, Pfirsich-, Feigen-, Kirsch- und
elbäume, den großen Hund „Boy“ und Mickey, Cri-Cri,
na und Toto, die Katzenfamilie. Bis zum provénçalischen
städtchen Salernes geht man 30 Minuten. Dort gibt es
eine Post, den Arzt; dort halten die Autobusse nach
Meer, nach Aix und in die westliche und nördliche
ence. Dort werden die Trauben und Oliven des Jon-
ers zu Wein und Öl für das Jahr. Und dort unterschrieb
it Mandel aus Berlin, ein Neffe Gustav Mahlers und Ver-
dter Franz Kafkas, den Kaufvertrag für dies Haus und
Stück Land, die ihm eine neue Heimat schenken.

st Mandel wurde 1907 in Mannheim geboren. Das Bild
es Vaters zeigt einen soignierten Herrn im Winter-
ittel mit Persierkeragen. Die Mutter trägt elegante Hüte
schönen Schmuck. Man lebt in einer 7-Zimmerwohnung,
1909 in Berlin, im großbürgerlichen Stil. Nach dem
mnasium wird Ernst Lehrling in einem Industriekonzern,
it 1929 als Volontär zu einer Automobilfabrik nach Wien,
schließt sich aber 1930, an der Sorbonne in Paris Jura
d Literatur) zu studieren. 1933 kehrt er zu seinem
nken Vater nach Berlin zurück, wird dort Werbeberater
d Teilhaber der Van Hoboken Presse in der Fasanen-
aße. Er ist jüdischer Abstammung.

36 wirft ihn die Gestapo ins Tegeler Gefängnis. Die
uckerei wird boykottiert. 1938 bringt man ihn ins Kon-
ntrationslager Sachsenhausen-Oranienburg. Seine erste
au, als Französin, erreicht seine Freilassung nach Paris.
s die Deutschen 1940 Frankreich besetzen, wird er auf
r Flucht erneut verhaftet. 1941 bringt man ihn nach
uchenwald. Man schlägt und man tritt ihn, man bricht
m die Zähne aus und fast das Rückgrat entzwei. Wäh-
nd er Grauensvolles erlebt, werden seine Eltern und 30
einer Verwandten in den Vernichtungskammern der Deut-

schen vergast. 1945 bringen ihn die Amerikaner in eine
Heilanstalt bei Zürich.

Seine Gesundheit ist gebrochen, seine Ehe wird geschie-
den. Monatelang versucht man, ihn in den Kliniken der
Schweiz zu kräftigen. In Genf beginnt er sein Jurastudium
wieder aufzunehmen, erfährt aber bald, daß er zu alt ist,
um zur Lizenz zugelassen zu werden. Krank, entmutigt und
fast mittellos geht er nach Paris, schläft auf den Quais und
in Nachtsylen, findet endlich Beschäftigung als Packer,
als Bürokräft, als Prokurist einer Holzfirma, als Supervisor
des US Central European Exchange System (1953 in
Bordeaux).

1955 heiratet er Charlotte von Luck, die seit 1935 in
Frankreich lebt. Als das feuchte Klima der Atlantikküste
seinen Zustand wieder verschlimmert (er hat ein schweres
rheumatisches Leiden), so daß er fast 100% erwerbsunfähig
wird, ziehen die beiden in ein Zimmer in einem kleinen
Dorf der trockenen, sonnigen Provence. Dort erfahren sie
1956, daß die Bundesrepublik Deutschland Herrn Mandel
eine Summe Bargeld und eine monatliche Rente als Ent-
schädigung für erlittene Verluste zukommen lassen wird.

Ernst Mandel muß im Klima der Provence leben, er muß
weg von der Hetze und dem Lärm der großen Städte. Nach
langem Suchen findet er in Salernes, im Department Var,
ein verfallenes Bauernhaus auf einem verwahrlosten Land-
besitz. Das Bargeld der „Entschädigung“ langt gerade für
den Ankauf. 1959 ziehen Mandels in das einzige bewohn-
bare Zimmer; im Hause gibt es weder Licht noch Wasser
noch eine Toilette. Dafür gibt es aber eine Petroleumlampe,
einen Brunnen und Eimer und Spaten — und viel Wald
drumherum. Es gibt auch Kredit von einer landwirtschaft-
lichen Aufbaukasse, mit dem das Haus ausgebaut, der
Boden bepflanzt und urbar gemacht wird. Ernst und Char-
lotte Mandel bauen sich ein neues Leben auf.

In mühevoller Arbeit entstehen das Haus, die Olivenhaine,
die Weinberge. Deren Ertrag deckt nicht die Unkosten,
außerdem ist der Kredit mit Zinsen zurückzuzahlen. Die
Lebenskosten steigen, die Rente hinkt hintennach. Mandels
tragen alte, geschenkte Sachen, weil sie sich keine neuen
Kleider kaufen können. Das Haus droht einzustürzen, weil
es nicht fest genug abgestützt ist. Der Bach muß gestaut
werden, um Wasser ins Haus und zu den Pflanzungen zu
bringen. Herr Mandel sollte dringend eine Kur machen. All
dies kann man von der Rente nicht ersparen. An der Côte
d'Azur und in der Provence fahren die deutschen Touristen
ihre schnellen und schweren Wagen und tragen ebenso
schwere goldene Armbänder — möglichst mehrere an jedem
Arm. Wie sollte man nicht hin und wieder wund, bitter und
verzweifelt werden über diesem zerschlagenen Leben, das
selbst im Neuanfang kümmerlich ist, verglichen mit der Höhe
der Gehälter und Renten derer, die es zerschlugen.

„Ich lese fast täglich Berichte“, schreibt Herr Mandel in einem
seiner Briefe, „über das deutsche Wirtschaftswunder, über
die große Anzahl deutscher Millionäre, deren es nie so viele
vor dem Krieg gab. Ich sehe von ferne, wie deutsche Tou-
risten schwelgen, Geld ausgeben und tun, als ob es nie
Konzentrationslager, Gaskammern, Marter gegeben habe. Ich
höre manchmal, wie viele Deutsche eine komfortable Woh-
nung haben, Ferien machen, sich kulturelle Genüsse leisten
können — und wir?? Bin ich an meinem Unglück schuld, daß

ich seit über 20 Jahren keine Wohnung, Ferien, Arbeitsmöglichkeit kenne? Habe ich nicht mehr Recht als alle Deutschen, ein normales und besseres Leben führen zu können? Habe ich, als ich um 6 Uhr früh abgeholt wurde — ebenso wie meine Eltern und Angehörigen — Quittungen, Rechnungen und Belege mitnehmen können, um heute zu beweisen, was wir alles besessen haben? — Ich habe immer ausgesprochen und geschrieben, daß das deutsche Volk uns zuerst um Verzeihung bitten muß, nicht den lieben Gott."

Es gibt Deutsche, die die Juden um Verzeihung bitten. Ein Professor schickt Geld für eine Kur, die Aktion „Sühnezeichen“ schickt junge Menschen zum Bau der Stützmauer und des Staubeckens, aus der evangelischen Kirche kommen landwirtschaftliche Geräte und vorübergehend Hilfskräfte für Haus und Garten. Wenn dies geschieht, wird jedesmal eine Wunde geschlossen, aber noch viele Wunden bleiben zu schließen: im Herzen und auf dem Besitz. Mandels essen spartanisch karg, um für die unbedingt notwendige Betonkanalisierung zu sparen. Sie sind beide unterernährt. Es fehlt eine kleine Motorsäge, die das anfallende Olivenholz zum Verkauf zerkleinern könnte. Herr Mandel könnte sie trotz seines Leidens bedienen. Vom Erlös des Holzes könnten Wäsche und Kleidung gekauft werden. Es müßte junge deutsche Menschen geben, die zu allen Jahreszeiten ihre Ferien unter dem strahlenden Himmel der Provence auf dem „Jonquiers“ verbringen, die Oliven ernten und Weinstöcke beschneiden, die einem gequälten Menschen, der noch immer in Angst und Existenznot lebt, wohl tun wollen. Herr Mandel wartet auf diese jungen Menschen aus Deutschland. Er kann ihnen nicht die Reise und ihre Mitarbeit bezahlen, aber er kann sie in sein Haus und an seinen Tisch aufnehmen. Er möchte hören, wie sie empfinden und was sie denken. Er möchte sie zu den Schönheiten Südfrankreichs führen und er möchte mit ihnen lachen und den roten Wein der Provence trinken.

Bücher

Joachim Konrad, Die evangelische Predigt. Grundsätze und Beispiele homiletischer Analysen, Vergleiche und Kritiken.

Sammlung Dietrich Band 226. Carl Schünemann Verlag, Bremen 1963. 528 Seiten. Leinen DM 17,80, Paperback DM 12,80.

Eine „institutionell gesicherte Belanglosigkeit“ (G. Ebeling) ist die landläufige evangelische Predigt unserer Tage genannt worden. Ein harter Schlag ins Gesicht der „Kirche des Wortes“. Kein Zweifel — er sitzt. Wer ist für den Zustand verantwortlich? Natürlich die Pfarrer und alle, die für ihre Ausbildung sorgen. Wer sonst? Man redet jetzt viel von der „mündigen Gemeinde“; daß ihre Mündigkeit sich auch, vielleicht zunächst an der Verantwortung für die Predigt bewährt oder eben nicht bewährt, hört man seltener. Die Reformatoren haben einmal vom Recht und von der Pflicht zur Kritik an der Predigt gesprochen, aber das ist lange her. Es wird viel über die Predigt geklagt, geschimpft und gespottet — wenn der Hauptschuldige abwesend ist. Was soll's? Immerhin wird sie nicht ganz totgeschwiegen, aber lebendig wird sie — soweit

Er hat den schönen Kopf eines Künstlers, ein ausdrucksvolles Gesicht, eine hohe Gestalt, einen wachen, raschen Geist. Sein Charme ist hinreißend. Immer wieder aber spürt man die ungeheilten Wunden der fürchterlichen Vergangenheit. Seine Frau, braun und schmal, sieht oft aus wie ein junges Mädchen. Zart, aber zäh, umgibt sie ihren Mann mit Liebreiz, Güte und Verstand, während sie unermüdlich tätig ist. Die Beiden sind ein Team, das die Zuneigung seiner Gäste schnell, tief und anhaltend erwirbt, weil sie warme, offene, natürliche Menschen sind. Wenn Ernst Mandel lächelt, blickt man in die Augen eines Kindes, das Liebe schenken möchte. Deshalb wird dieser Bericht geschrieben. Mit Erschütterung erlebt man, wie hier ein von uns Deutschen fast zu Tode gepeinigter Mensch jungen Deutschen seine Liebe und sein Herz anträgt — gegen etwas Mithilfe gibt er auch Nachtlager und Essen. Er nimmt auch „paying guests“ ohne Mithilfe auf: sein Besitz mit einem bezaubernden Gästebau ist eine Insel der Stille und Schönheit. Seine Gäste möchte er bitten, mit ihrer Mitmenschlichkeit die Unmenschlichkeiten der Vergangenheit und der Gegenwart zu überwinden, damit die Qual der Juden nicht umsonst gewesen ist.

Welch eine Gelegenheit zur Übung in der uns allen so schwierigen Bewältigung unserer Vergangenheit! Wollen Sie nicht Ernst Mandel einmal ganz konkret fragen, ob Sie etwas zur Motorsäge beisteuern sollen? Wollen Sie ihn nicht einmal fragen, ob Sie Ihre Ferien auf dem Jonquiers verbringen können? Wollen Sie nicht mit Ihrem Herzen und mit Ihren Händen etwas von dieser Liebe schenken, die hier gebraucht wird?

Es fällt so leicht, weil die Landschaft so herrlich, der Wein so gut und Mandels so liebenswert sind. Man geht hin, um etwas zu bringen, um ein wenig zu helfen — und aus dem Frieden und der klaren Luft der Provence fährt man reich beschenkt nach Deutschland zurück.

es auf die Gemeinde ankommt — allein durch sachgemäße Kritik. Leicht gesagt! Man überprüfe einmal die vorhandenen Kriterien: das Ergebnis wird dürftig sein. Der einzig sichere Maßstab ist anscheinend die Dauer — man predigt zu lang. Alles Übrige wirkt meist ziemlich verschwommen. Das muß nicht so sein. Und eigentlich ist es beschämend.

Das angezeigte Buch von J. Konrad nimmt den Fähigen jede Entschuldigung. „Dieses Buch will strukturanalytisch zu zeigen versuchen, was die evangelische Predigt ist, war und sein soll. Es will ihre geistige Gestalt von ihren Grundlagen und Normen her verständlich machen und damit einen Einblick in die Predigtwerkstatt gewähren, der Theologen und Nichttheologen zu sachgemäßer Beurteilung und verantwortlicher Mitarbeit anleitet.“ Der Verfasser, Professor für Praktische Theologie in Bonn, entledigt sich dieser Aufgabe auf eine zutiefst sachgemäße und deshalb lebendige Weise. „Grundsätze der Analyse, des Vergleichs und der Kritik der Predigt“ werden dem Leser erst zum Schluß zugemutet. Zuvor kann er sich unter der Anleitung sorgfältiger und ausgewogener Analysen ein eigenes Bild machen. Ein spannender Weg durch die Geschichte der evangelischen Predigt anhand eindrucksvoller Beispiele für ihre großen

Epochen (Reformation, Orthodoxie, Pietismus, Aufklärung, Idealismus, Erweckung und Liberalismus) bildet den Anfang. Einen Blick in die Problematik der gegenwärtigen Predigt vermitteln vier Auslegungen des gleichen Textes (Berufung des Petrus, Luk. 5), ein Vergleich zwischen der Predigtweise zweier exponierter moderner Theologen (K. Barth und R. Bultmann), Predigten über alttestamentliche Texte, politische Predigten (H. Gollwitzer, M. Niemöller, J. Hamel) und eine „Industriepredigt“ (H. Symanowski). Eine lockere Zusammenstellung von „Figuren und Fragmenten“ gewährt nach dieser erfreulichen, aber nicht nur für den Laien zumutungsvollen Vielfalt eine lehrreiche Erholung. Dem Fachmann erleichtern ausführliche Literaturangaben die eigene Weiterarbeit.

Man wundert sich, daß es ein solches Buch nicht schon lange gibt. Sicherlich läßt sich das eine und andere daran kritisieren: die, aufs Ganze gesehen, überzeugende, aber begreiflicherweise weitgehend subjektive Auswahl der Beispiele, die nicht immer weiterführenden Inhaltsangaben im Verlauf der Predigten, die gelegentlich etwas ermüdende technische Fachterminologie, die Überbetonung theologiegeschichtlicher Gesichtspunkte bei der „homiletischen“ Analyse historischer Predigten, die — notgedrungen? — recht zurückhaltende Handhabung des Kriteriums der „Gemeindegemäßheit“ und anderes mehr. Man fragt sich vor allem, ob es der um seine Verantwortung für die Predigt bemühte „mündige Christ“ nicht etwas leichter haben könnte. Oder ist das Buch doch nur für Theologiestudenten gedacht? Nun, der Verfasser hat sicher nicht zufällig eine wunderbar grimmige Predigt Luthers an den Anfang gestellt. Da heißt es: „Es ist ein schwer Amt das Predigtamt... Wenn ich mit gutem Gewissen könnte herabkommen, ich wolt mich eher lassen auf ein Rad legen oder Steine tragen, als eine einzige Predigt oder Lektion tun... Hätt ich's gewußt, so hätte ich mich mit 24 Pferden nicht hineinziehen lassen.“ Wenn der Leser nach der Lektüre dazu Ja sagen kann, ist die beste Voraussetzung für eine heilsame Kritik an der Predigt, vielleicht auch an der eigenen Predigt, gegeben und das anregende Buch hat seinen ersten Zweck erfüllt.

Christian Zippert

Dov. B. Schmorak, Der Prozeß Eichmann. Hans Deutsch Verlag, Wien 1964. 437 Seiten, Leinen DM 30,—.

Soll man die Vergangenheit in dieser Weise heraufbeschwören? Kann nicht endlich der Schlußstrich unter all diese Verbrechen gezogen werden? Man begreift diese Fragen wohl. Es braucht sich bei solchen Fragestellern gar nicht um Glieder unseres Volkes handeln, die einer Bagatellisierung das Wort reden wollen, sondern die für einen Neuanfang unseres Verhältnisses zu den Juden eintreten. Ein solcher Brückenschlag des wieder aufkeimenden Vertrauens kann aber nur auf den soliden Pfeilern bestürzter Redlichkeit und ganzer Offenheit vorgenommen werden. Als Glieder eines Volkes, dessen Name durch diese Verbrechen an den Juden so geschändet wurde, dürfen wir nicht vergessen und all das Ungeheuerliche in den Hintergrund unseres Unbewußten abschieben wollen; die notwendige Selbstreinigung kann nur in einer klaren Distanzierung von dem Schmutz dieses Schrecklichen und Bösen erfolgen. Nur indem wir mutig und besonnen von unserer Seite dem Nichtvergessen wehren, kann auch von seiten der Überlebenden und ihrer Verwandten

und Bekannten ein gewisser Abstand von diesem Unheimlichen sich durchsetzen.

Dafür gibt das vorliegende Buch eine ausgezeichnete Handreichung. Hier werden Dokumente aus dem Eichmannprozeß wiedergegeben — ohne Kommentar, nur mit einem die einzelnen Stücke verbindenden Text. Es ist kaum zu glauben, was sich unter der makabren Bezeichnung von der „Endlösung der Judenfrage“ alles verbarg an barbarischen Scheußlichkeiten. In den Todesfabriken ereigneten sich „Taten, die alles menschliche Begreifen übersteigen.“

Die Unmenschlichkeit äußerte sich neben der Gier nach dem Besitz der Juden in der Behandlung der Frauen und Kinder; sie sind ein Hinweis für die unglaubliche Verrohung bei der Abwicklung dieser Massenvernichtung. Es muß uns ins Herz treffen, was hier geschah, es sei denn, wir hätten an der Stelle des Herzens einen Stein. Was soll man davon denken, daß ein SS-Mann das Kind einer Frau, die ihm aus letzter Verzweiflung ins Gesicht spie, am Baum zerschellt, es ins Feuer wirft und sie selbst mit den Füßen an einem Baum aufhängt? Können wir es ertragen, daß ein Kind bei einem Abtransport ins Vernichtungslager herumirrt und fragt: „Wer will mein Vater sein?“ Was sollen wir davon halten, daß man in einem Kinderheim alle Babys aus dem Saal holte, sie aus dem zweiten Stock auf die Straße warf und sie dann in ein Lastauto einlud? Oder ist es nicht schrecklich, wenn Juden gezwungen wurden, die Erhängung von zwei fünfzehnjährigen Knaben anzusehen?

In diesem Grauen fehlt es auch nicht, daß Männer und Frauen sich an den Gott Israels halten und trotz allen Leidens seines letzten Eingreifens zum Gericht gewiß sind. Männer in einem Todeskommando fasten am Versöhnungstage, obwohl dies streng verboten ist, und ein Vater weist mit Zeigefinger in den Himmel und erklärt dem ängstlichen Zehnjährigen noch etwas, als dieser mit ihm zusammen vor der Grube steht, in die sie gleich die Maschinengewehre mähen werden.

Vor allem aber muß es uns bewegen, wie derart Unmenschliches von Menschen angeordnet und durchgeführt werden konnte. Daß dabei Befehlshabern und Befehlsempfängern nicht ganz wohl zumute war, geht einmal aus den Tarnbezeichnungen hervor, die die „Endlösung der Judenfrage“ als harmlose „Umsiedlung“ und als belanglosen „Arbeitseinsatz“ verschleiern sollten. Fürs andere wird dies deutlich aus der Existenz des Todeskommandos 1005, dessen Aufgabe darin bestand, die Leichen auf einem Scheiterhaufen zu verbrennen, die nicht verbrennbaren Körperteile durch eine „Knochenmühle“ zu Asche zu vermahlen und sie dann in alle Winde zu verstreuen; die Spuren mußten verwischt werden. Was ergibt sich aus der Vernehmung Eichmanns für das Funktionieren dieses Apparats? Einmal, daß von ihm die Erbarmungslosigkeit als Tugend zugegeben wurde; dabei war er von dem Gedanken besessen, diesem Prinzip dürfe nicht der geringste Abbruch geschehen. Dazu kommt, daß für ihn der Befehl von oben immer das letzte, ausschlaggebende Wort war, das alle Bedenken und Gewissensregungen auslöschte. „Ich habe gehorcht. Egal, was man mir befohlen hätte — ich hätte gehorcht.“ Gerade in dieser blinden, bedingungslosen Unterordnung liegt — auch heute — die schreckliche Gefahr für uns alle; ein solches Verhalten richtet sich stracks gegen das erste Gebot und kann darum nur im Greuel der Unmenschlichkeit enden. Darum gilt es, hier allen Anfängen entschlossen zu wehren.

Rudolf Pfisterer

Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. R. Piper und Co., München 1964. 344 Seiten. Paperback DM 9,80, Leinen DM 17,80.

F. A. Krumacher (Herausgeber), Die Kontroverse Hannah Arendt, Eichmann und die Juden, Nymphenburger Verlags- handlung 1964. 244 Seiten. DM 9,90.

Noch ehe das Buch der aus Deutschland stammenden jüdischen Wissenschaftlerin Hannah Arendt auf deutsch vorlag, war schon, vor allem von jüdischer Seite, eine heftige Diskussion über dieses Buch im Gange. (Die wichtigsten Beiträge dazu sind in dem oben genannten zweiten Band gesammelt). Die Verfasserin hat den Prozeß in Jerusalem als Berichterstatterin miterlebt; die Verhandlung wurde zum Anlaß von Beobachtungen und Urteilen, die die schon angedeutete Polemik ausgelöst haben.

Hannah Arendt hebt hervor, wie ein solcher Prozeß eine Überforderung der Richter ist, weil diese der schrecklichen Judenvernichtung strafrechtlich nachgehen sollten, obwohl die Unzulänglichkeit des herrschenden Rechtssystems dafür auf Schritt und Tritt offenkundig wurde. Unsere Rechtsordnungen sind ja darauf abgestellt, den Einzeltäter auf Grund der bestehenden Gesetze für konkrete Rechtsbrüche zu bestrafen. Voraussetzung dafür ist, daß der Täter das Unrecht seiner Tat begreifen kann. Das Entsetzliche an dem neuen, nirgends vorgesehenen Phänomen des Verwaltungsmassensmords ist das fast völlige Fehlen eines Unrechtsbewußtseins bei allen den Menschen, die daran in irgendeiner Weise beteiligt waren.

Aus der Art der Verhandlungsführung geht hervor, wie großen Wert das Gericht darauf legte, sich von der Meinung der Öffentlichkeit zu distanzieren und sich nicht von den unheimlichen Leiden der Zeugen (und der durch sie berichteten Greuel) in der Wahrheitsfindung auf eine falsche Fährte locken zu lassen. Eichmann durfte ja nicht als Symbol einer verruchten Tyrannei in Erscheinung treten und so zum Sündenbock werden; nach rechtsstaatlichen Grundsätzen mußte er als eigenständiger Mensch nach der Maßgabe seiner Verantwortlichkeit verurteilt werden. Seine Schuld war, daß er der totalen Ausrottung der Juden zustimmte und an ihr mitwirkte, daß er damit ein Verbrechen gegen die ganze Menschheit beging und sich hier auf die Seite derer stellte, die sich Gottes Entscheidung anmaßten, indem sie bestimmen wollten, wer auf der Erde leben dürfe und wer nicht.

Diese Schuld kann aber nur in der schrecklichen Verflechtung mit dem damals herrschenden System richtig gesehen werden. Die Einwilligung in die Politik des Nationalsozialismus bildet das Minus vor der Klammer, das einem an sich wertfreien Verhalten wie Pflichterfüllung und Unterordnung — dies gilt im normalen Rahmen unserer Auffassung als Tugend — einen unheilvollen und verbrecherischen Charakter verleiht. Die bestürzende Mittelmäßigkeit Eichmanns wurde so zum Hebelarm für die Durchführung der Verbrechen. Der Kern seines Verhaltens ist die Vorstellung von der durch niemand und nichts zu relativierenden Heiligkeit erteilter Befehle. So konnte Eichmann sagen, er hätte seinen eigenen Vater in den Tod geschickt, wenn dies verlangt worden wäre. Dies erscheint uns ungeheuerlich; aber eine moralische Wertung dieser Aussage ist insofern zu kurzschlüssig, als

sie die unheimliche Macht des eine jede Tat rechtfertigenden Befehlsmythos nicht ins Blickfeld bekommt. Eine solche Hörigkeit gegenüber Befehlen unterminiert tatsächlich das Unterscheidungsvermögen und ruft ein gewisses Unbeteiligtsein gegenüber den eigenen Handlungen hervor (nach seinen eigenen Angaben habe Eichmann nie etwas gegen die Juden gehabt!). Dieser Kadavergehorsam erzeugte in ihm eine „Art Pilatusscher Zufriedenheit“ (150) und zog eine völlige Abstumpfung des Gewissens nach sich; weit und breit konnte Eichmann auch niemanden entdecken, der wirklich gegen die „Endlösung“ gewesen wäre. Die Opposition der Widerstandskreise war nur eine lautlose Minderheit, die weithin schon mundtot gemacht worden war. „Niemand, so sagte Eichmann in seinem Schlußwort, ist an mich herangetreten und hat mir Vorhaltungen gemacht wegen meiner Amtstätigkeit...“ (169).

Das Erschütternde an diesen grauenhaften Verbrechen ist die „Normalität“ der Menschen, die dieses Ungeheuerliche durchführten. „Im dritten Reich hatte das Böse die Eigenschaft verloren, an der es normalerweise die meisten Menschen erkennen — es trat nicht mehr als Versuchung an die Menschen heran“ (189). Die Hemmungen dem Bösen gegenüber waren durch eine penetrante Propaganda und durch entsprechende Befehle aus dem Wege geräumt; darum war im Grunde genommen schon jeder auf dem Weg zu solchen Verbrechen, wenn er nicht die innere Widerstandskraft aufbrachte, sich dieser Befehlsmaschinerie zu erwehren, oder ihm das Glück zuteil wurde, auf irgendeinem Posten recht weit abseits zu stehen. Die Dämonie des Schrecklichen bestand in seiner Alltäglichkeit. Darum kommt die Verfasserin zu dem Schluß: „Das Beunruhigende an der Person Eichmanns war doch gerade, daß er war wie viele andere und daß diese vielen anderen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal sein konnten“ (326).

Diese Herausstellung der Banalität des Bösen leidet bei Hannah Arendt erheblich unter der unrichtigen Verzeichnung des Judentums und seiner verantwortlichen Männer jener Zeit. Auch spielt ein ausgeprägtes Ressentiment gegen den Zionismus eine Rolle, so daß manches in eine schiefe Perspektive gerät. Der Hauptvorwurf, den die Verfasserin den jüdischen „Führern“ macht, ist der der „Cooperation“. Ist schon die Parallelisierung von „Nazibehörden einerseits und den jüdischen Behörden auf der anderen“ (91) nicht zu halten, so ist die Anschuldigung grotesk, als habe nur durch die Zusammenarbeit der Juden mit den nationalsozialistischen Instanzen der Abtransport in die Gaskammern so reibungslos klappen können. In einer umfangreichen Dokumentation, in der unter anderem so bekannte Namen auftauchen wie Ernst Simon, Eva Reichmann, Martin Buber und Heinrich Grüber, — dies ist das zweite oben aufgeführte Buch — werden diese Anschuldigungen gegen die Juden als wahrheitswidrig aufgewiesen. Auf Grund von sorgfältig angestellten Nachprüfungen kann es als gesichert gelten, daß „das unglaublich böse soziale System der Nazis — nicht das Verhalten einzelner Juden oder jüdischer Organisationen — zur Vernichtung des europäischen Judentums führte“ (232). Auch Rabbiner Leo Baeck wird in Schutz genommen. Er war mit seinen Glaubensgenossen nach Theresienstadt gegangen und hatte sich dort ihrer in einer feinen und umsichtigen Weise angenommen. Er war der Überzeugung, daß das nationalsozialistische System jeden Tag zusammenbrechen könne; es gelte

Ein Film und die Kirche

Heft 11/1964

Seit Jahren bekomme ich die bisher von mir gern gelesene, sehr interessante Zeitschrift. Doch in der letzten Ausgabe empört mich der Artikel: „Ein Film und die Kirche“. In demselben werden die beiden Filme „Das Schweigen“ und „491“ akzeptiert — ja sogar das künstlerische Niveau hervorgehoben und man hält es durchaus für richtig, diese Filme der Öffentlichkeit zu zeigen mit der Begründung, die Menschen aus der Teilnahmslosigkeit herauszureißen und um sie zu eigenem Nachdenken anzuregen. Man wirft sogar dem Prüfungsgremium vor, die Schere benutzt zu haben, um die noch anstößigeren Szenen herausgeschnitten zu haben. Das setzt allem die Krone auf! Ihr Artikel verletzt mein Feingefühl und ich kann es nicht begreifen, daß das die Meinung und Ansicht einer solchen sonst geistig hochstehenden, guten Zeitschrift ist.

Sieht man in Ihren Kreisen nicht, in welcher bedrohenden Not unsere Jugend, unser Volk sich befindet? Es muß doch etwas getan werden, um dem verheerenden Einbruch der Flut der Amoralität Einhalt zu gebieten.

Es wird nicht unbekannt sein, daß in der Bundesrepublik unmittelbar nach der Fernseh-Kriminal-Serie „Das Halstuch“ sechs Halstuchmorde nach diesem Vorbild verübt wurden. Der Mörder von Köln-Volkshoven hat 3 Tage vor seinem furchtbaren Kinderattentat im Kriminalfilm, der auf Kinder spezialisiert war, sowie eine Sendung über bestialisch ermordete Kinder gesehen — und danach gehandelt. Handgreiflich ist damit die Tatsache, daß Fernsehen und Kino nach dem Wort: „Was ich anschau, in das werde ich verwandelt“ Millionen von Jugendlichen, ja Kindern heute prägen.

Der Jugend wird also heute Anschauungsunterricht erteilt, dazu wird sie erzogen. Wir wissen aber, Gott läßt sich nicht spotten. Schmutz, Perversität und hemmungslose Sexualität sind Sünde, lassen schuldig werden. Ein Volk, das in sittlichem Schmutz, ja in Perversitäten, wie sie z. B. der Film „491“ bringt, lebt, geht immer seinem Untergang entgegen. Außerdem wehre ich mich dagegen, daß sogar die Kirche einen Vorwurf erhält. Meiner Meinung nach hat der „rückständige“ Kirchenvorstand nur richtig, ja sogar vorbildlich gehandelt, die Glocken solange nicht läuten zu lassen, bis dieser Film aus der Stadt verschwindet. Alle Hochachtung vor diesem Entschluß! Es wäre gut gewesen, wenn alle Kirchen in der Bundesrepublik sich diesem Vorbild ange-

darum alles zu unternehmen, um den Tod vieler einzelner so lange als möglich hinauszuschieben und ihre Widerstandskraft zu erhalten; dann werde bei der sicher erhofften Katastrophe „der Tod nicht alle treffen.“ Er hat damit Recht behalten, wie auch mit seiner prophetischen Antwort auf die 1941 gestellte Frage einer Mitarbeiterin, wohin dieses Grauen noch hinführen solle: „Zur Teilung Deutschlands.“

Beide Bücher werden uns in einer guten Weise zum Nachdenken und zur Selbstprüfung anleiten können; doch sollte man das Buch von Hannah Arendt nicht ohne den polemischen Kommentar des zweiten Buches lesen. Audiatur et altera pars!

Rudolf Pfisterer

geschlossen hätten. Den letzten Satz des Artikels erkenne ich an: „Das Schweigen oder 491“ sei ein Spiegelbild unserer heutigen Gesellschaft.

Sollte man aber nicht alles tun, um mitzuhelfen, diesem Notstand zu wehren und um die Menschen wieder auf ein normales, gesundes Gleis zu führen? Aber dann auch fort mit diesen Filmen!

Maria Giese, Braunschweig

Bemerkungen zum Leber-Plan

Heft 12/1964

Als jahrelanger Leser, der aufmerksam Ihre Veröffentlichungen verfolgt hat, komme ich leider nicht umhin, Ihnen mitzuteilen, daß in den letzten Jahren in einer fröhlichen Unbefangenheit auf dem sozialpolitischen Sektor Meinungen publiziert werden, die in keiner Weise den sachlichen Fakten und der gesamtpolitischen Verantwortung gerecht werden.

Als neuen Stein des Anstoßes bringt die „Evangelische Verantwortung“ im o. a. Heft einen Artikel über den sogenannten Leber-Plan. Hier wird im 2. Absatz wiederum die nicht beweisbare These vertreten, daß dies der erste konkrete Vorschlag von seiten der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern darstelle. Tatsache ist aber, daß, getreu ev. Sozialethik und auf deren Fundamenten stehend, der Christliche Bau- und Holzarbeiter-Verband (CBHV) im Christlichen Gewerkschafts-Bund Deutschlands (CGB) schon am 22. Juni 1962 einen Investivlohn-Plan den Arbeitgebern der Bauindustrie und dem Baugewerbe übergeben hat, in dem die Bildung von persönlichem wertbeständigem freiem und realisierbarem Eigentum — im Gegensatz zu dem kollektivistischen Tendenzen des Leber-Plans — vorgeschlagen wurde.

In meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften in Niedersachsen habe ich im Sommer 1964 den Arbeitgeber-Verbänden der Metallindustrie Niedersachsens einen ähnlich gelagerten Investivlohn-Plan-Vorschlag übergeben.

Wenn die Diskussion um den Leber-Plan in dem bisherigen Stil weitergeführt wird, bin ich davon überzeugt, daß es eines Tages auch einmal heißen wird, daß die IG Metall — DGB — auf dem Metallsektor erstmalig den Arbeitgeber-Verbänden einen vermögenswirksamen Vertragsentwurf überreicht und vorgeschlagen habe.

Die „Evangelische Verantwortung“ wäre auch von der sachlichen Qualifikation und der politischen Verantwortung her sowie um der Gerechtigkeit willen gegenüber den bestehenden Verhältnissen gut beraten, wenn sie nicht immer nur nivellierend von der „Gewerkschaftsseite“ oder von den „Gewerkschaften“ sprechen würde.

In unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung gibt es neben den sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands auch die christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Ebenso wenig wie der Evangelische Arbeitskreis der CDU durch seine Mitgliederstärke, sondern vielmehr durch die Originalität der Gedanken und Vorschläge auf breiter Basis Anerkennung gefunden hat, so stellt heute die Christliche Gewerkschaft im gesellschaftlichen Leben bereits einen — auch nicht vom DGB zu übersehenden Faktor dar.

Darum möchten wir der „Evangelischen Verantwortung“ für das Jahr 1965 wünschen, daß sie in der Auswahl ihrer Mitarbeiter und in der Veröffentlichung den Gegebenheiten

gerecht wird und in der schwierigen sozialen und gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung ihren ev. Schwestern und Brüdern eine Hilfe und kein Argernis ist.

Schematische Übersicht über die zwei Pläne

	Leber-Plan	CBHV-Vorschlag (Investivlohn-Plan)
Vorgelegt am	9. September 1964	22. Juni 1962
Höhe der Zuwendung	1,5% der Lohnsumme (ca. 120 DM/Jahr)	4% der Lohnsumme (ca. 400 DM/Jahr)
Art der Aufbringung durch den Arbeitgeber	Wahlweise in bar oder durch Hingabe von Schuldscheinen oder von Eigentumsanteilen am Unternehmen	Barleistung am Jahresende an das vom Arbeitnehmer bezeichnete Kreditinstitut
Verwendungszweck	Ansammlung eines allen Bauarbeitern gemeinsam gehörenden „Fonds“	Bildung von persönlichem wertbeständigem Privat-Eigentum des einzelnen Arbeitnehmers
Höchstdauer der Festlegung (regulär)	50 Jahre (vom 15. bis 65. Lebensjahr)	5 Jahre (laut Sparprämienengesetz usw.)
Mindestdauer der Festlegung (regulär)	Vor dem 65. Lebensjahr Auszahlung nur bei Frühinvalidierung	2 Jahre (bei Wahl der Anlage in Form des prämienebegünstigten Sparvertrags und Eheschließung schon nach 2 Jahren)
Rechtscharakter des Besitztittels	Altersrenten-Zusage mit Einmal-Auszahlung im 65. Lebensjahr, lautend auf nominale Geldsumme — ohne Bezug auf Kaufkraft bei Auszahlung	Aktie, Investment-Anteil, Hausbesitz, Sparguthaben — je nach Wahl des einzelnen Arbeitnehmers
Anlage-Streuung	Nur innerhalb der Bauwirtschaft	In allen Wirtschaftszweigen
Verfügungsrecht über Anlage und Verwaltung	Keine Rechte des einzelnen Arbeitnehmers	Volles Verfügungsrecht des einzelnen Arbeitnehmers nach Ablauf der Festlegungsfrist
Auszahlung der Erträge	Im 65. Lebensjahr, nur bei Frühinvalidierung schon vorher	Jedes Jahr
Verwaltung des Vermögens	Gemeinsam durch IG Bau und Bauindustrie	Durch den Arbeitnehmer selbst
Träger der Sozialabzüge-Last und der Lohnsteuer	Keine Angaben	Beide Tarifparteien verpflichten sich, auf „Tarifizierung“ des 312 DM-Gesetzes hinzuwirken, damit die Leistungen lohnsteuerfrei und sozialabzugsfrei bleiben
Vermögens-Ergebnis in 10 Jahren	ca. 2,5 Milliarden DM in Gemeinschaftsbesitz von IG Bau und Bauindustrie	ca. 8–10 000 DM privater Kapitalbesitz im Eigentum jedes einzelnen Bau-Arbeitnehmers (10 mal 400 DM/Jahr = 4000 DM plus Sparprämie, Zinsen, Zinseszins sowie Steuer- und Sozialabzüge-Einsparungen)

Herbert Spieß, Hildesheim

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eberhard Amelung, 355 Marburg, Wilhelmstraße 20, Tel. 3436. Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises: 53 Bonn, Am Hof 28, Tel. 57001. Verlag: Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto: Köln 193795. — Erscheinungsweise: monatlich. — Bezugsgebühr: 1,— DM monatlich, 12,— DM jährlich. — Druck: Eukerdruck Marburg.

Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.